

Er scheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Mehr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Sozial-Verzeichnisse für 1892 unter Nr. 6052.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 27. Februar 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

An die Arbeiter Berlins!

Berlin, den 26. Februar.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends haben Straßentumulte stattgefunden, die einen weit größeren Umfang annahmen, als die ersten Nachrichten vermuthen ließen, und die ein Eingreifen der Polizei in großem Maßstab zur Folge hatten.

Bedauerlicher Weise haben sich im Laufe des heutigen Tages diese Tumulte wiederholt und zwar mit denselben Folgen wie gestern.

Indem wir auf die an anderer Stelle unseres Blattes sich findenden Berichte über die Einzelheiten verweisen, richten wir an sämtliche Arbeiter und speziell an unsere Parteigenossen die dringende Aufforderung, ihren ganzen Einfluß dahin anzubieten, daß jeder Arbeiter diesen Ansammlungen fernbleibe.

Es begreift sich, daß die gegenwärtigen außerordentlich traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die in weite Kreise der Arbeiter Mangel und Noth getragen haben, Aufregung erzeugen mußten. Aber jeder verständige Arbeiter muß auch begreifen, daß Tumulte und Eigenthumszerstörung nicht die Mittel sind, durch welche der allgemein herrschenden Nothlage Abhilfe geschaffen werden kann.

Von diesen Tumulten haben einzig die Gegner des Klassenbewußten Proletariats den Vortheil, die bereits am Werke sind, um die Vorkommnisse zu ihrem Nutzen und zum Schaden der Arbeiterklasse auszubenten.

Arbeiter, Parteigenossen! Seid auf der Hut und laßt Euch durch noch so berechtigten Unmuth nicht verleiten, Handlungen zu begehen oder zu begünstigen, die sowohl zu Eurem persönlichen Schaden, wie zum Schaden der gesammten Arbeiterbewegung ausschlagen müssen. Exzesse und Krawalle können den berechtigten Bestrebungen der Arbeiterklasse nur zum Nachtheil gerischen, und ein Feind seiner eigenen Klasse ist jeder Arbeiter, der sich an solchen Vorkommnissen theiligt oder sie auch nur moralisch unterstützt.

Kein Zweifel, daß Klassenbewußte Arbeiter sich an jenen Vorgängen, welche heute und gestern Berlin in Aufregung versetzten, nicht theiligt haben.

Die Arbeiterschaft Berlins wird, dessen sind wir sicher, auch ferner ihren Ehrenschild blank erhalten, sie wird in klarer Erkenntniß der proletarischen Interessengemeinschaft von Tumulten sich fernhalten, deren verhängnißvolle Folgen nicht bloß sie, sondern die ganze Arbeiterklasse zu tragen hätte.

Arbeiter! Eure Pflicht, Euer Interesse gebietet Euch, unserer Mahnung zu folgen!

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins haben heute die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung zur Berathung folgenden dringlichen Antrages bei dem Stadtverordneten-Vorsteher beantragt:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

schleunigst durch Inangriffnahme städtischer Erd- und Bau-Arbeiten dafür Sorge zu tragen, daß die in Berlin befindlichen Arbeitslosen sofort Beschäftigung erhalten.

Singer, Borgmann, Gnadt, Herzfeld, Henke, Böhne, Klein, Sabor, Stadthagen, Tempel, Tugauer, Vogtherr, Dr. Zabel, Zubeil.

Die Berliner Straßenkrawalle.

Berlin, 26. Februar.

Die Tumulte, von denen wir gestern bereits sprachen, haben in der vorgestrigen Nacht und am gestrigen Tage weiter fortgespielt. Nach Allem, was bekannt wird, müssen wir auch heute daran festhalten, daß die bedauerlichen Ausschreitungen, welche vorgekommen sind, einzig und allein auf Rechnung des Fanbogens zu setzen sind. Die wirkliche Arbeiterschaft Berlins hat mit den Exzessen nichts zu thun, die Klassenbewußten Proletarier der Reichshauptstadt, die bewährten Kerntruppen der Sozialdemokratie, haben sich von den Krawallen ferngehalten. Daß dem so ist, versteht sich von selbst, und die anständige gegnerische Presse aller Schattirungen sieht sich gedrungen, diesen Thatbestand offen anzuerkennen.

Aus was für Elementen setzt sich die bei solchen Krawallen in Aktion tretende Masse zusammen? In jeder Großstadt ist ein aus den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten stammendes Lumpenproletariat aufgeschauft, die Menge der Deklassirten, der Verelendeten und Verkommenen, Verbrecher, Raufbolde, Zuhälter, jene sozialen Gruppen, welche abwechselnd von Zuchthausloft und Armenloft ihr klägliches Dasein fristen. Bei jeder Krisis erscheinen die Gestalten des Lumpenproletariats, tauchen auf aus ihren Verstecken und Spielplätzen, zu jedem Exzesse bereit, für Alles zu haben, zu Allem fähig, heute Paradebummler, morgen die Marodeure bei irgend einer Demonstration. Neben diesen figuriren die tiefstehenden Bruchtheile der nichtorganisirten Arbeiter, die, noch nicht erfüllt von dem proletarischen Klassenbewußtsein, in tiefem Ingrimm über ihre elende Lage, ohne Einsicht in die wahren Ursachen ihres Elends, zu thörichten Kundgebungen sich hinreißen lassen, ein Spielball ohne Widerstandsfähigkeit und Urtheil. Und weiter die halbwildwüchsigen Burtschen, die jede Gelegenheit zum Nadau mit Freude begrüßen. Ferner der Haufe der Neugierigen, wie sie in jeder großen Stadt, mag ein Droschkengaul stürzen oder ein Kinderpielwaaren-Händler seine Figuren tanzen lassen, zusammenlaufen, um beim Eingriff der Polizei wie geschändetes Wild davonzurennen, Weiber, Kinder u. s. w. Daß die sogenannten Gebildeten ein beträchtliches Kon-

tingent zu diesen Zuschauern stellen, geben die Bourgeoisblätter selbst zu. Heute Vormittag waren die Studenten, Spiessbürger, „feine“ Damen, die Müßiggänger und Nichtsthuer aller Art unter den Linden zahlreich vertreten aus Lust an der Sensation und am Nervenkitzel.

Und nun zur Darstellung des Sachverhalts, welche sich darauf beschränken muß, in großen Umrissen auf Grund der vorliegenden Berichte, für deren Richtigkeit im Einzelnen wir natürlich jede Verantwortung ablehnen müssen, das Wichtigste und Bedeutsamste herauszuheben!

Allem Anschein nach sind zwei Hauptgruppen von Thatfachen zu scheiden, und zwar nach den zwei Schauplätzen, dem Nordosten und dem Westen (U. d. Linden), auf welchen die Ereignisse sich abgespielt haben.

Im Nordosten und Osten hat am 25. ds. Mts. das Lumpenproletariat seine wildeste Orgie gefeiert. Zertrümmerte Fensterscheiben, zerstörte und geplünderte Auslagen von Bädern, Kleider-, Zigarrenläden bezeichneten seinen Weg. Es ist charakteristisch für die Natur der Krawalle, daß unter den ausgeplünderten Geschäftleuten sich drei notorische Sozialdemokraten befinden. Besonders arg wurde gehaust in der Gegend der Köpnickbrücke. Um aus den zahlreichen Berichten einen herauszugreifen, sei folgende Darstellung mitgetheilt:

„In den Zigarrenläden des Herrn Emil Bartels, Engel-User 1a, wurden große Feldsteine geworfen und nachdem die außerordentlich starke Spiegelscheibe des Schaufensters zertrümmert war, wurden die hinter dem Fenster aufgestapelten Zigarren herausgenommen und auf die Straße geworfen. Mehr als 10 000 Zigarren sind gestohlen worden. Mit den gestohlenen Zigarren wurden auch die nebenan liegenden Lädenfenster bombardirt. Dem Kaufmann Kauls, Engel-User 1b, wurden nach Zertrümmern seines Schaufensters eine Menge Konservenbüchsen und verschiedene Flaschen Wein fortgenommen. Ein vor der Ladenthür angebrachter Automat war im Nu zertrümmert und seines Inhalts beraubt. Als plötzlich der Ruf: „Weiter!“ erscholl, wandte die tobende Menge sich nach der Köpnickstraße zu. Dort wurden zunächst vier Schaufenster demolirt, die zum Spielwaaren-Geschäft des Herrn Küllmer, Köpnickstr. 142, gehörten, dann das Schaufenster eingeschlagen, die vorn liegenden Waaren herausgenommen und auf das Straßenpflaster gestreut. Frauen füllten Säcke mit dem geraubten Gut. Auch dem Kleidergeschäft des Herrn Sax, Köpnickstraße 127a, statteten die Tumultuanten ihren Besuch ab. Die allein anwesende Frau versteckte sich aus Furcht vor der rasenden Menge, welche auch hier die Fenster zerbrach und die Kleidungsstücke auf die Straße warf; Herr Sax beziffert seinen Schaden auf 1000 M. Aus dem Laden des Bädermeisters Apelt, Köpnickstr. 128, nahmen sich die Exzessanten nach Belieben Brote und Pfannkuchen; das anwesende Ladenmädchen ließ schnell die Jalousie herunter, so daß nur die Scheiben der Eingangsthür zertrümmert werden konnten. Das Zertrümmern wurde weiter fortgesetzt, nahezu ein Duzend Schaufenster und viele Schaufenster wurden von der Menge noch zertrümmert, bis es endlich der anrückenden Schutzmannschaft gelang, die Straße zu säubern. Auch in der Landsbergerstraße, Blumenstraße und in der Nachbarschaft sind Lädenfenster eingeschlagen worden.

In der Michaelskirchstraße soll, wie man berichtet, ein Schutzmann mit Knapper Noth dem Tode entronnen sein: man wollte ihn in den Luisenstädtischen Kanal werfen, reitende Schutzleute sollen ihn gerettet haben.“

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

[49

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von H. Otto Walker.

„Also doch immer noch ein kleiner Rest von Vorurtheil?“ fragte der Schriftsteller lächelnd.

„Wenn es ein Vorurtheil ist, dann ist es auch eine Ungerechtigkeit, und ich darf mir nur Glück wünschen, wenn ich durch Sie davon befreit werde.“

Das Vorurtheil besteht noch fast allgemein bei den bestehenden Klassen und es hat in gewissem Sinne auch etwas für sich, wenn man auf diejenigen blickt, die unwillkürlich manchmal, aber nur mit schreiendem Unrechte, zum vorderen Stande gerechnet werden, ich meine die Unerzogenen, Verwahrlosten, Gefallenen, die Verthierten und wirklich böstigen Naturen. Natürlich besteht diese Klasse zum größten Theile aus Angehörigen des vierten Standes, weil dieser Stand der zahlreichste, am nothdürftigsten erzogen und geschult ist und durch seine Verhältnisse leichter zum Verbrechen verleitet wird. Von diesen Unglücklichen müssen Sie aber den großen Arbeiterstand trennen, der mit ihnen nur nothgedrungen Weise die elende Lebensführung, die schlechte Kleidung und hier und da die weniger geglätteten Manieren

theilt, obwohl ich sagen kann, daß mich in dem Benehmen des Arbeiters nichts so viel verlehrt, als häufig bei dem von Angehörigen der sogenannten besseren Stände. Ich finde zum Beispiel, daß sich in den öffentlichen Wirtschaften die weibliche Bedienung unter Arbeitern ganz ruhig und ungeirrt bewegt, während man sich in den sogenannten nobleren Etablissements gegen die weibliche Bedienung Freibeiten herausnimmt, die den wahrhaft Gebildeten geradezu anekeln müssen.“

„Aber denken Sie nun einmal an die Greuel der ersten Revolution!“ warf Helene ein.

„Sie waren zum Theil empörend, obwohl ich nicht weiß, ob die Greuel der Inquisition, der mittelalterlichen Justiz und anderer öffentlichen Gewalten im despotisch regierten Frankreich milder genannt werden können; ebenso wenig glaube ich, daß sie die Greuel überboten, welche die liberalen Nationalgarden nach der Juni-Schlacht 1848 oder die sogenannten Ordnungshelden von Versailles nach Niederwerfung der Pariser Kommune gegen die gefangenen Insurgenten erlaubten. Damals war nun die Bildung des Zeitalters um fünfzig, um achtzig Jahre vorge-schritten, und es waren die sogenannten besseren Stände, welche solch himmelschreiende Frevel verübten. Im Uebrigen muß man die Menschen, wie sie wirklich sind, nicht ohne die Verhältnisse betrachten, unter denen sie so geworden. Dann erst bekommt man einen Begriff davon, wie sie sein könnten, oder wie sie von Natur aus sind. Legen Sie einen gut gearbeteiten Hund an die Kette, Sie werden ihn nach einigen Monaten

kaum wieder erkennen. Wenn erst einmal die gewohnheitsmäßigen Bedrückungen, wenn die üblich gewordenen Bevorzugungen, kurz, wenn die Ursachen entfernt sind, um derentwillen die Menschheit trotz aller Zivilisation unter einander großt und hadert, dann erst wird sich zeigen, welche Fälle von herrlichen Eigenschaften in dieser Menschheit schlummert, welche Gottesfrieden wirklich auf Erden möglich; dann in der That wird die ganze geängstigte und in Feindschaft zerspaltene Menschheit wie aus einem bösen Träume erwachen. Darum können wir, die wir das so lebhaft fühlen, nur mit Zorn und Leidenschaft gegen solche Zustände ankämpfen, aber im heißesten Kampfe ist es der Geist der Liebe, der uns befeht, und der Frieden ist es, der heißeste Wunsch nach Frieden, der uns bei unseren unerklärlichen Kämpfen befeht und unter unserem Banner weht.“

„Sie werden sich viele, sehr viele Feinde zuziehen,“ sprach Helene, den Freund theilnehmend ansehend.

„Das ist wahrscheinlich, aber es werden nicht die Besseren unter der menschlichen Gesellschaft sein, sondern nur die Wahnbefangenen und die Schlechten. Vor diesen aber feige Rücksicht zu zeigen, ist einer freien männlichen Seele unwürdig. Wie sagt doch unser Platon so ruhig:

„Hienieden lohn't der Mähe nicht, zu sagen, Und frei und wahr zu reden, ziemet Jedem; Weil bald wir Alle ruh'n in Sarkophagen!“
Ja, wir sinken bald in die stille Gruft, wo alle Lüge und Heuchelei hinfällig wird; die Krone und der Purpurmantel fallen von Haupt und Schultern der Gewaltthätigen auf Erden,

Einen weniger ernstlichen Charakter hatten die Szenen, welche am 25. Februar am Lustgarten, Schloßplatz und theilweise Unter den Linden stattgefunden haben. Hier war der Hauptzweck das wüste Gesehl und Geschrei der gewerbsmäßigen Nadaumacher, die mit festem Schritt und Tritt bei jedem militärischen Spektakulum aufmarschieren. Die dort sich wiederholt ansammelnden Massen, unter ihnen zahlreiche Schaukuffige, wurden von der Schutzmannschaft ohne große Mühe nach allen Richtungen der Windrose auseinandergetrieben. Das gleiche Schauspiel wiederholte sich heute, den 26. Februar, in derselben Gegend beim Aufziehen der diesmal von den Gardefüsiliere gestellten Wache, welcher das alte Stammpublikum, vermehrt durch die niemals fehlenden indifferenten Gaffer, wie üblich gefolgt war. Es war allerdings ein sehr starkes Aufgebot von Schutzleuten zu Fuß und Pferde Unter den Linden vertheilt. Die Polizei that jedoch von Anfang an nichts, um die Ansammlung einer großen Menschenmenge zu verhüten. So kam es, daß beim Aufzug der Wache die Schutzmannschaft sich genöthigt sah, einzugreifen. Ueber die Vorgänge schreibt ein Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“:

Eine große Schaar Müßiggänger begleitete die aufziehende Wache und fand unter den Leuten, die sich Unter den Linden angeammelt hatten, bedeutende Verstärkung. Die Schutzleute sahen sich genöthigt, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, und es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit sind auch ein paar Personen verletzt worden, ein Mann so erheblich, daß er nach der Sanitätswache getragen werden mußte. Das Gedränge unter den Linden nahm in den ersten Nachmittagsstunden noch erheblich zu, und allerhand beunruhigende Gerüchte waren im Umlauf, die sich bald als grundlos erwiesen. So erzählte man sich unter anderem, daß ein Trupp Exzedenten versucht habe, unter Rufen nach Brot und Arbeit in das Palais der Kaiserin Friedrich zu dringen, und daß die Betreffenden von den vor dem Palais aufgestellten Schutzleuten ziemlich arg zugerichtet worden seien. Dieses Gerücht entbehrt der Begründung, doch ist es in der Nähe des Palais zu einigen kleinen Zusammenstößen gekommen. Polizei und Mob gerieten auch während des Aufzugs der Wache auf der Schloßbrücke in ein Handgemenge, als ein Theil der Exzedenten nach dem Kravall vor der Kommandantur verfuhr, über die abgesperrte Schloßbrücke den Platz vor dem Lustgarten und die Schloßfreiheit zu erreichen.

Wie bei allen Vorkommnissen dieser Art wirkt die geschäftige Einbildungskraft wahre Wunder, die wildesten Gerüchte durchschwirren die Stadt. Am Ende gebiert der freizügige Berg eine lächerlich kleine Maus. Den besten Beweis für die kolossalen Uebertreibungen, in welchen gewisse zeitungsmüde Reporter schweigen, liefert die Ziffer der thatsächlich vorgenommenen Verhaftungen. Erwägt man, daß Laufende von Menschen auf den Beinen waren, und daß die Schutzmannschaft in voller Stärke unter Entfaltung aller ihrer Machtmittel zur Stelle war, so erscheint die Zahl von 98 Exzidenten, von denen schließlich nur zehn der Kriminalpolizei vorgeführt wurden, außerordentlich gering. Von den letztgenannten zehn wird, wie man hört, gegen 9 das Verfahren wegen Landfriedensbruches und gegen einen das Verfahren wegen Aufruhrs eingeleitet werden. Es hat nur bezüglich einer Person festgestellt werden können, daß sie sich an den Plünderungen betheiligt hat. Diese ist der Arbeiter Jensch, der an der Plünderung des Schirmladens der Geschwister Steinert, Köpnickstraße 121, Theil genommen hat. Von drei Personen ist festgestellt worden, daß sie an den Zusammenrottungen Theil genommen und Fenster eingeworfen haben. Es sind diese der Lehrling Max Vogt, der in der Blumenstraße verhaftet worden ist, der Arbeiter Hohde, der in der Koppenstraße sistirt wurde, und der Tischler Kungz, der sich an der Demolirung des Schaufflokals des Gastwirths Leiz in der Weissenburgerstraße betheiligt hat. Von den anderen Verhafteten ist erwiesen, daß sie sich in der Menge befunden haben, von welcher die Exzesse ausgingen. Gegen diese Leute soll wegen einfachen Landfriedensbruches vorgegangen werden.

Der schamlose Versuch, aus den eben zur Genüge gekennzeichneten Kravallen politisches Kapital zu schlagen, ist bereits gestern von uns angeführt der bühnischen Denunziation des deutschfreisinnigen Mosse-Organs in seiner ganzen Nichtigkeit und Inzämie gebremst worden.

Heute wandelt die „Börsen-Zeitung“, das Dorchthener Lakoniker der Börsengenie und Finanzkünstler, das sein Gewerbe mit brünstiger Offenheit treibt, auf den Pfaden des „Berliner Tageblatts“. Sie feist:

es muß sich der Reiche von den mühsam zusammengerafften Reichthümern trennen, nichts auch kann den altersschwachen Greis, nichts den Sterbenden trösten, als das Bewußtsein, gerecht und wahr auf Erden gehandelt und goldenen Samen für die Zukunft gestreut zu haben. Die Bedürfnisse der Menschen sind verschieden, die Einen können nicht glücklich sein, ohne den täglichen Vorrath von Kuchen und Wein; ich kann nicht leben, ohne nach meiner besten Ueberzeugung für Recht und Wahrheit zu kämpfen.

Es ist so schön, was Sie sagen, und ich bringe es nicht übers Herz, Ihnen zu widersprechen. Aber ich hoffe mit aller Zuversicht, wir werden recht glücklich werden.

Wenn Sie, wie nicht anders zu erwarten, mild und nachsichtig sind; denn ach, wir bleiben unvollkommene Menschen mit allen unseren schärfsten Gedanken und Bestrebungen. Der Kampf auf geistigem Gebiete wird nicht geführt, ohne daß unsere Nerven gereizt werden, unser Blut in heftigere Wallungen geräth. Und darum bleiben wir immer in der Nothwendigkeit, Rücksicht für uns zu erbiten. Das dürfen Sie nicht vergessen, sonst würden Sie manchmal ungerecht gegen mich werden, oder über Täuschung klagen.

„Also auch nichts Vollkommenes?“ seufzte Helene lächelnd.

„Nein, ganz gewiß nicht; daß werden Sie auf dieser unvollkommenen Erde nicht verlangen wollen. Auch der schöne blaue Himmel, der in dieses liebliche grüne Thal hineinschaut, sieht manchmal düster und grämlich aus.“

„Und wir werden ihm doch nicht gram,“ fügte das Mädchen hinzu. „Doch man scheint uns zu suchen.“

Elise war in ihrer Herzensangst nach dem Tische gelaufen, wo neben den Festordnern die Verwandten und die Freundin Helenens Platz genommen hatten. Sie wandte sich sogleich an die Letztere und flüsterete ihr zu:

„Bestes Fräulein, dürfte ich Sie wohl um eine kurze Unterhaltung unter vier Augen bitten?“

„Sie irren sich wohl in meiner Person, Fräulein,“ erwiderte die Angeredete vernunndert.

„Sie sind Fräulein Findeisen?“

„Vergebens suchen die sozialdemokratischen Organe die Demonstranten von ihren Rockschößen abzuschnüßeln. Es zeigt sich immer wieder dieselbe Erscheinung: Nachdem man den Irregesährten den Boden rechtlicher Gesinnung unter den Füßen fortgenommen und ihnen eingeredet hat, die Bürgerschaft sei ihnen entgegenzukommen und Schutz schuldig und Niemand habe das Recht, sich seines Besitzes zu erfreuen, so lange Arbeitslose darben, nachdem man die niederen Instanzen nach gerufen, will man an den Folgen der Agitation nicht schuld sein. Und doch werden alle Sophismen die bedauerliche Wahrheit nicht aus der Welt schaffen, daß die sozialdemokratischen „Führer und Lehrer“ in den pöbelhaften Zusammenrottungen und beklagenswerthen Ausschreitungen nur die Früchte der Ausfaat zu erlösen haben, welche sie der allzu empfänglichen Seele Reibvoller überantwortet haben, damit sie dort fortwähre und am Wahltag „Volksgenossen“ (1) als Gewählte aus der Urne hervorgehen mache. Manchmal warten die Aufgeschalteten aber nicht bis zum Wahlgange. Die Spannung, die künstlich hervorgerufen wurde, will frei werden und — dann geschehen eben Dinge wie jetzt.“

Das Organ der Jobber, Gröndler, Kartelle zu widerlegen, halten wir unter unserer Würde. Wir stellen nur fest, daß alle anständigen Blätter aller Parteien die Verquickung der Arbeiterpartei mit diesen Vorkommnissen auf das Entschiedenste zurückweisen. Daß Herr Eugen Richter, der Sozialistenhölzer, sofort auf der Bildfläche erscheint, wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu denunzieren, versteht sich bei dem Naturell und der angeborenen feinen Bitterung dieses Teufels der Kapitalistenklasse ganz von selbst. So behauptet er, es sei Thatsache, daß die Tumulte „begonnen haben im unmittelbaren Anschluß an eine von sozialdemokratischen Agitatoren veranstaltete Versammlung sogenannter Arbeitsloser.“

Ein echter Jesuitenkuss ist es, wenn Richter daraus, daß die Redner in der Arbeitslosen-Versammlung mit wirkungsvollem Ernste vor Straßendemonstrationen abgemahnt haben, den Schluß zieht, Mancher sei durch diese Abmahnungen erst auf Demonstrationsgedanken gekommen. Solche schäbige Klopffecherei charakterisirt den Menschen und Politiker Richter in seiner ganzen Erbärmlichkeit.

Etliche schäbige Gesellen, Zeilenschinder, welche ihre Gantirung mit der Gewissenhaftigkeit von Heckenreitern betreiben, vor denen nichts sicher ist, am wenigsten die Wahrheit, leisten im Lügen, Verdrehen, Entstellen, Fälschen Ungehörliches, Alles, um sich „interessant“ zu machen, gewissen Kreisen einen Dienst zu erweisen und möglichst viel Nickel heranzuschlagen. Die „Volks-Zeitung“ schreibt hierüber treffend:

„Ein Reporter, welcher Alles in das „Sensationelle“ aufzubauschen liebt, spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß der gestrige Putsch nicht das Werk eines Impulses der Massen gewesen, sondern daß ein ganz planmäßiges Vorgehen des Janhagens, von einer bestimmten Zeitung ausgehend, vorliege.“

„Dah wir mit den Unruhstiftern nicht sympathisiren, brauchen wir nicht zu versichern; umsomehr müssen wir es geradezu als frevelhaft bezeichnen, wenn ein Reporter, ohne die Spur eines Beweises dafür beizubringen, gleich Verschönerungen und dergleichen aufbaut, die von einem Theil der Presse — weil es vielleicht gerade jetzt in ihren Kram paßt — begierig aufgenommen und weiter verbreitet werden.“

Nichts kennzeichnet die Hilflosigkeit unserer Bourgeoisie besser, als ihr augenblickliches Verhalten. Bis jetzt hat sie das Bestehen eines Nothstandes krampfhaft geleugnet. Heute fordert sie stürmisch, daß die Polizei die Krisis beseitige durch den Schub. Fort mit den Arbeitslosen, auf's Land, wo Arbeitskräfte so nöthig sind, rufen nun die begeisterten Freunde der Sachsgängerei, fort mit dem Bettelvolk! Diese Vogelstraußpolitik glaubt das Elend zu entfernen, wenn sie die Elenden auf die Landstraße jagt. Und gerade die einflussreichen Organe des Liberalismus sind es, welche durch ihr pharisäisches Gebahren, durch ihre Heulmeierei den Boden für Gewalt und Zwangsmaßregeln ebnen. Sie enträsten sich am lautesten, sie spielen dieselbe Komödie wie 1878, und so muß es sich der Liberalismus gefallen lassen, daß ein Bindter das geschüttelt und gerüttelt volle Maß seines Hohnes über ihn ausgießt, indem er schreibt:

Jedenfalls dürfte es kein Zufall sein, wenn, je mehr der Standpunkt der nicht sozialdemokratischen Blätter nach links gravitirt, sie desto mehr und Schlimmeres über die erfolgten Ausschreitungen zu berichten wissen. . . . So läßt das „kleine Journal“ die „rothen“ Taschentücher eine ziemlich große Rolle spielen, in der Weissenburgerstraße wird sogar eine „rothe“ Fahne entrollt, ein übrigens von der „Vossischen Zei-

„Ganz recht; und wenn Sie dann wirklich mit mir zu sprechen haben, stehe ich Ihnen zu Diensten“, meinte das Fräulein und erhob sich von ihrem Stuhle.

Elise führte die Erwartungsvolle ein Stück Weges von der übrigen Gesellschaft weg, und begann dann in bedächtiger Weise:

„Ein wirklich glücklicher Zufall führt Sie hierher in einem Augenblicke, in dem ich mir weder zu rathen, noch zu helfen wußte. Nicht wahr, Sie haben einen Bruder?“

„Ah, von meinem Bruder ist die Rede? Jetzt ahne ich das Ganze. Er hat ein Verhältnis mit Ihnen angeknüpft? O, ich kenne ihn darin nur zu gut. Es thut mir wirklich leid um Sie, Fräulein, denn Sie besitzen ein Reuheres, welches Vertrauen einflößt und auf gute Grundsätze schließen läßt. Ich wage sogar noch weiter zu gehen und die Ueberzeugung auszusprechen, daß Ihre Bekanntschaft meinem Bruder nur zum Nutzen gereichen würde. Aber nehmen Sie sich in Acht vor ihm, denn er ist sehr leichtsinnig, beinahe gewissenlos.“

„Sie irren sich, mein Fräulein,“ erwiderte Elise mit Würde, „es besteht nichts von einem Verhältnisse zwischen uns. Bei einem ländlichen Vergnügen, zu dem er sich vor Kurzem einfind, lernte ich ihn flüchtig kennen, und schon damals machte er mir, ohne daß ich ihm die geringste Veranlassung oder Ermuthigung gegeben, eine ziemlich . . . nun, wie soll ich denn gleich sagen . . . kavaliermäßige Liebeserklärung, ohne daß ich mir bewußt gewesen wäre, ihn hierzu die geringste Ermuthigung gegeben zu haben. Heute hat sich zu meinem Leidwesen dieselbe Szene an diesem Orte in viel unheimlicherer Weise wiederholt.“

„Ah, er ist hier? das ist gut, da werde ich ihm einmal ernstlich die Wahrheit sagen, obwohl ich fürchte, es wird nicht viel bei ihm helfen. Doch Sie, Fräulein . . .?“

„Elise Barth ist mein Name.“

„Ah, Sie sind das Fräulein, auf dessen Bekanntschaft mich meine liebe Freundin vorbereitet hatte; um so mehr fühle ich Veranlassung, Ihnen die volle Wahrheit zu sagen. Ohne Zweifel wollten Sie bei mir anfragen, wie Sie seine Erklärungen etwa aufnehmen könnten?“

„ung“ befristeter Vorgang, und auch das „Berliner Tageblatt“ hat rothe Fahnen und solche vertretende Taschentücher gesehen.“

Die Sozialdemokratie, welche die Konsequenzen der herrschenden Wirtschaftspolitik vorausgesagt hat, welche vor Jahr und Tag den Lebensmittelwertheurern die Prognose stellte, daß die Meta des wirtschaftlichen Aufschwungs ausfallen würde in Hunger, Hungertypus, Straßentrawallen, schreitet unentwegt ihrem Ziel entgegen, kaltblütig, gewappnet vom Scheitel bis zur Ferse gegen die Perfidie und die schändlichen Provokationen der Gegner, und gegen die Unterdrückungsgelüste der Volksfeinde.

Mittheilungen über die Vorgänge am heutigen Abend siehe unter der Rubrik Lokales.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 26. Februar.

Zu den schamlosesten Lügenfabrikanten über die letzten Tumulte in den Straßen Berlins gehört ein gewisser BS-Berichterstatter. Neben anderen faustdicken Lügen schreibt dieser Zeilenreißer von der Versammlung im Friedrichshain:

„Mehrere Redner hielten so aufreizende Ansprachen an die Masse, daß sich der überwachende Polizei-Offizier veranlaßt fühlte, dieselben von der Rednertribüne sofort verhaften zu lassen. Sie wurden nach der Revierwache in der Heinersdorferstraße gebracht. Dieser Vorgang erregte schon unter der Menge eine ungeheure Erbitterung, und immer lauter wurden die Zurufe aus der Versammlung heraus, so daß sie schließlich aufgelöst wurde.“

An dieser ganzen Darstellung ist kein Wort wahr, sie ist von A bis Z erlogen. Bezeichnend aber ist, daß gerade der „fromme“ Reichsbote die Berichte dieses Lügen-schmiedes am ausführlichsten bringt.

Heilmittel gegen Soldatenmißhandlungen. Unter den Anbetern des Militarismus ist eine wahre Erfindungs-Epidemie ausgebrochen. Jeder will ein Heilmittel gegen die Soldatenmißhandlungen erfinden — natürlich ein wirksames, das auch eine sichere Kur verbürgt. Der Eine schlägt vor, die höheren Offiziere sollten sich mehr um die Soldaten bekümmern — der Andere, der religiöse Geist sollte mehr gepflegt werden. Den Vogel hat ein Pfiffikus abgeschossen, der den, in seiner genialen Einfachheit an das Columbus-Erinnernden Vorschlag ausgeheckt hat: Die Regimentsvorsteher sollen für das Nichtvorkommen von Soldatenmißhandlungen in ihrem Regiment verantwortlich gemacht werden. Es ist wahr: würde jeder Oberst, in dessen Regiment eine Soldatenschinderei vorkommt, ohne Pension entlassen, so würde das gewiß den beabsichtigten Zweck erreichen, wenn die Mißhandlungen auch pünktlich zur Anzeige gebracht würden. Aber da liegt ja gerade der Hase im Pfeffer. Wenn die Mißhandlungen richtig und pünktlich zur Anzeige gebracht würden, dann gäbe es überhaupt keine, oder doch nur sehr wenige Soldatenmißhandlungen.

Und Offiziere, in deren Regimentern Mißhandlungen vorkommen, sind schon heute in keiner beneidenswerthen Lage und werden schon heute wenigstens von der öffentlichen Meinung verantwortlich gemacht.

Da ließe sich der Vorschlag schon besser hören, jeder Soldat, der mißhandelt wird, solle das Vergeltungsrecht haben. Aber — es ist bei all diesen Heilmitteln ein Wenn und ein Aber — aber was soll aus der „Disziplin“ werden, wenn der gepeinigete Soldat das Recht der Wiedervergeltung hat? Die Folgen wären haarsträubend — das heißt so fürchterlich, daß sich bei dem bloßen Gedanken die Haare jämmtlicher, vom „militärischen Geist“ besessener Leute zu Berg sträuben müßten. Und welcher Anblick das wäre!

Und so sind die Erfinder noch immer an der Arbeit. Und sie werden auch an der Arbeit bleiben — bis sie sich einer hoffnungsvolleren Thätigkeit zuwenden, weil sie sich inzwischen überzeugt haben, daß es für die Soldatenmißhandlungen nur eine Kur giebt: die Abschaffung des Militarismus. —

Enthüllungen über den Welfenfonds. Casar Schmidt kündigt den Faksimile-Abdruck von hundert un- verbrannten Quittungen zum Welfenfonds an; dieselben

„Nein, Fräulein, das wollte ich nicht, denn nie würde ich an ein Verhältnis mit Jemandem denken, dessen Erklärungen ich nicht von ihm selbst mit vollem Vertrauen entgegennehmen könnte. Es sind außerdem die Erklärungen Ihres Herrn Bruders schon um deswillen bedeutungslos für mich, als mein Herz bereits anderweit genährt hat.“

„Und warum dann Ihre Bitte um ein Gespräch unter vier Augen?“

„Ich fürchte ein Unglück.“

„Ah, das ist doch nicht zu erwarten,“ meinte das Fräulein lächelnd, „so sehr nimmt sich mein Bruder der gleichen Erfahrungen nicht zu Herzen.“

„Ich danke Ihnen, Fräulein,“ erwiderte Elise ohne Empfindlichkeit. „Ich hielt es nur für meine Pflicht, Ihnen mitzutheilen, daß Ihr Herr Bruder mir den Revolver vor- gezeigt, mit dem er sich erschiesse zu wollen erklärte, wenn ich bis 8 Uhr diesen Nachmittag nicht auf jenem Gipfel erscheinen wußte, oder wenn Andere an meiner Stelle dort- hin kämen.“

„Ein letzter Versuch, ohne Zweifel, der unvollendet bleibt, wenn er die gewünschte Wirkung nicht hat.“

„Sie werden Ihren Herrn Bruder besser kennen als ich; zum wenigsten hat es mein Herz erleichtert, ein ihm so nahestehendes Wesen von dem Vorgefallenen in Kenntniß gesetzt zu haben.“

„Nun, glauben Sie denn, Fräulein, daß er wirklich im Stande sein könnte, ein solches Vorhaben auszuführen?“

„Ich kenne, wie gesagt, Ihren Herrn Bruder viel zu wenig, um zu beurtheilen, ob er eines solchen Frevels fähig oder nicht, und Sie fühlen selbst, Fräulein Findeisen, daß allzu große Befürchtungen, von mir in diesem Falle geäußert, mich in den Verdacht lächerlicher Eitelkeit bei Ihnen bringen könnten. Es genügt mir, die Beforgnisse, welche bei seinen Drohungen in mir erweckt wurden, Ihnen mitgetheilt zu haben, da ich im Uebrigen mich frei von jeder Schuld weiß.“

(Fortsetzung folgt.)

sind angeblich angestellt in den Jahren 1868 bis 1890 durch Staatsminister, Generale, nach dem Süden kommandierte Offiziere, Richter, Parlamentarier, Redakteure verschiedener Länder, hohe und niedere Hofbeamte beiderlei Geschlechts, Aerzte, Studierende an ausländischen Hochschulen, politische Agenten, Agents provocateurs, Mitglieder von diplomatischen Korps und andere Personen. Der Abdruck soll beileidet sein von einem Kommentar: „Die Koulissen des Welfenbundes“ von einem Staatsmann. Diese Ankündigung erscheint auf dem Umschlag einer Flugchrift, die betitelt ist „Kaspar Hauser, des Räthfels Lösung“ von Baron Alexander Armin.“ Man kann auf diesen Beitrag zur Geschichte der deutschen Korruption gespannt sein. Aus wessen Geheimschrank die nicht zu Asche verbrannten Belege wohl geflattert sein mögen? Fürst Bismarck ist natürlich so wenig an diesen Enthüllungen betheiligt, wie an der Aufdeckung des Falles von Voetticher. Die Bismarckerei durch sich selbst gebrandmarkt, das wäre auch ein Stück weltgeschichtlicher Ironie.

Caspar Schmidt ist derselbe Buchhändler, der seiner Zeit, als Graf Armin die Streitschrift: „Pro nihilo!“ gegen Bismarck drucken ließ, seinen Verlag angegriffen hat, die Druckbogen für den Fürsten Bismarck zu ergattern. Mittheilung bei diesem sauberen Streich war der Winterthurer Professor Tschischwitz, ein Preuße, den die öffentliche Entrüstung allerdings aus der Schweiz wegsetzte. Die Folge dieses Diebstahls war der Armin-Prozess.

Unmöglich! Es wird von angeblich sehr wohl unterrichteter Seite versichert, daß man in den höheren und höchsten militärischen Kreisen „sehr erdost“ sei über die Veröffentlichung des sächsischen Erlasses, betreffend die Soldatenmishandlungen. Wir können das nicht glauben, da ja in den höheren und höchsten militärischen Kreisen ein wahrer Militär-Philanthropismus besteht, der sich die äußerste Mühe giebt, den Soldaten mit seinem Looße zufrieden zu machen. Und daß Mishandlungen solche Zufriedenheit nicht erzeugen können, ist ebenso gewiß, als daß die Veröffentlichung jenes Erlasses das denkbar Beste war, was im Interesse der Soldaten geschehen konnte. Der sächsische Militärdevollmächtigte hat es ja auch bei der bekannten Unterredung mit einem Berliner Zeitungsberichterstatter direkt ausgesprochen, daß die Veröffentlichung nur nützlich gewesen sei.

Wir glauben deshalb nicht an den Horn in hohen und höchsten militärischen Kreisen. Oder doch?

Nothstandspolitik. In Braunschweig, wo, wie wir bereits gemeldet, es zu lebhaften Demonstrationen der Arbeitslosen kam, hat der Stadtmagistrat städtische Kanalbauten in Angriff nehmen lassen, bei welchen etliche hundert Leute Beschäftigung finden werden. Daß die „Boschische Zeitung“ es sich nicht nehmen läßt, mit heuchlerischem Augenblicke die verlogene Demunziantin zu spielen, wundert uns nicht. Sie schreibt über die Tumulte in Braunschweig:

„Dabei zeigt sich wiederum eine nachgerade gewohnte Erscheinung: im wesentlichen sind nämlich die Verhafteten behörte, unbewusste Schreier, welche, aufgeregt und verheißt durch die vorher im Versammlungsloale vernommenen Reden, sich blindwüthig in den Strudel stürzen, während diejenigen, welche im Saale die Gemüther erregt hatten (meist sozialdemokratische Agitatoren, die sich in gutem Verdienste befinden) im verhängnisvollen Augenblicke dem Schauplatz den Rücken kehren.“

Solch eine schwächliche Verleumdung der Arbeitersache richtet sich selbst.

Nur sparsam! Herr Thiel, der preussische Eisenbahn-Minister, ist ein guter Haushälter, er spart wo er kann. Bei der Direktion Breslau werden nächstens wieder 21 Arbeiter entlassen; ein Theil des entbehrlichen Fahrpersonals wird auf den Wägen beschäftigt. Staatsbetriebe — Musterbetriebe. Musterbetriebe in kapitalistischem Sinne, das ist nicht zu leugnen. Und mit welcher Entrüstung hat der Fürstprech von Kohlenringen im Abgeordnetenhaus erklärt, eine anlässlich der Zeitungsnotiz über vierundzwanzigstündige Beschäftigung eines Eisenbahn-Beamten angestellte Untersuchung habe ergeben, daß an dem betr. Orte weder ein Unfall geschehen sei, noch ein Beamter 24 Stunden Dienst geleistet habe. Jetzt wird festgestellt, daß die Angelegenheit am 11. Februar in Ratibor vor der Strafkammer verhandelt ist, der betr. Unfall sich in Kosel ereignet hat und Rangirmeister Hertel vor Gericht ausgesagt hat, daß er 24 Stunden Dienst geleistet habe.

Sächsisches. Auf Anordnung des Direktoriums der 2. sächsischen Ständekammer sind dem sozialdemokratischen Abgeordneten Kadon gegenüber die Landtagsdiäten, deren Bezug nur außerhalb Dresdens wohnenden Abgeordneten zusteht, gesperrt worden. Von konservativer Seite wird nämlich behauptet, daß Kadon in Köhlschbroda bei Dresden nur zum Schein Wohnung gemiethet habe, während er thatsächlich in Dresden wohne. Hierzu bemerkt der „Wähler“, daß Kadon, der früher in Sektowitz bei Dresden wohnhaft war, schon seit 1885 in Köhlschbroda wohne und dort seine Staats- und Gemeindesteuern entrichte. In Dresden hat Kadon neben dem Komptoir seiner Zigarrenfabrik nur ein einfaches Schlafzimmer eingerichtet, das er im Falle nächtlicher Anwesenheit in Dresden benützt. Mit solchen kleinsten Kniffen und Quengelen operirt die sächsische Bourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung, die über alle diese gehässigen Rügen und Tücken mit lächelnder Nichtachtung zur Tagesordnung übergeht.

Reichstags-Ersatzwahl. Bei der Ersatzwahl eines Reichstags-Abgeordneten für den 7. Opperener Wahlkreis wurde Rittergutsbesitzer Frhr. v. Reichenstein (Zentrum) mit 16 637 Stimmen gewählt. Der Wahlkreis gehört zu den Hochburgen des Ultramontanismus.

Frankreich, die Geldsack-Republik. In einer Versammlung der Rechten haben gegen hundert Deputirte beschlossen, die Republik förmlich anzuerkennen und künftig nicht mehr die Verfassung, sondern nur noch den Republikanismus zu bekämpfen. Die Legitimisten, die Vertreter der Bourbons und Orleans, welche ihre Königstene nur als Titeltitel für ihre wirtschaftlichen Interessen — sie sind die Vertreter des Großgrundbesitzes und der Bankokratie — benutzten, haben erkannt, daß die Bourgeois-Republik ihnen alle Geschäfte besorgt, die ihnen am Herzen liegen. Deshalb die Häutung, welche nicht schmeichelhaft ist für die Constans und Genossen.

Gerichts-Beilage.

Entscheidung des Reichsgerichts. (Nachdruck verboten.) Leipzig, 25. Februar. (Die Immunität der Reichstags-Abgeordneten.) Mit großer Spannung war von den verschiedensten Seiten der Verhandlung entgegengesehen worden, welche heute vor dem dritten Strafsenate des Reichsgerichtes gegen den sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Friedrich August Wilhelm Albert Schmidt, Redakteur der „Volksstimme“ in Burgstädt stattfand. Gegen denselben war während der vorjährigen Vertagung des Reichstages, welche vom 1. Mai bis zum 10. November dauerte, Anklage erhoben und auch das Urtheil gegen ihn war innerhalb dieser Zeit, am 2. November 1891, gefällt worden. Herr Schmidt hatte sich auf seine durch § 31 der Reichsverfassung gewährte Immunität während der Dauer einer Sitzungsperiode berufen; das Landgericht Chemnitz legte aber den Artikel 31 so aus, daß er auf Vertagungen von so langer Dauer keine Anwendung finde und ließ den Angeklagten Schmidt zu der Verhandlung am 29. Oktober v. J. gewaltsam vorkühren. Herr Schmidt beharrte auf seinem Standpunkte und ließ sich während der Verhandlung auf nichts ein. Das Urtheil des Landgerichts lautete gegen Schmidt wegen Verleumdung, Aufforderung zum Ungehorsam, Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten und vorzeitiger Veröffentlichung von amtlichen Schriftstücken eines Strafprozesses auf 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und eine Geldstrafe. Außerdem kamen noch zwei Mitangeklagte Namens Harzdorf und Zimmermann in Betracht; der erstere wurde wegen Aufforderung zum Ungehorsam zu 1 Monat Gefängnis, der Letztere wegen Verleumdung zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt. Bezüglich des Angeklagten Schmidt ist noch zu erwähnen, daß die Genehmigung des Reichstages zur Einleitung des Strafverfahrens nicht eingeholt worden war und auch wegen der Vertagung des Reichstages nicht eingeholt werden konnte. Aus dem Thatbestande des Urtheiles ist folgendes mitzutheilen. Der Angeklagte Zimmermann, in Laucha wohnhaft, hatte an die vom Angeklagten Schmidt redigirte „Volksstimme“ einen Artikel gesandt, welcher auch zum Abdruck gelangte. Der Verfasser sagte darin, er wolle einen Fall von besonderer Gerechtigkeitstheile mittheilen und erzählte dann, er habe eine Steuerquote auf dem Gemeindebureau bezahlen wollen, aber man habe sie ihm nicht abgenommen; bald darauf habe man aber den Betrag exaktatorisch von ihm eingezogen. Hierin wurde eine Verleumdung der betreffenden Beamten erblickt. Was den Mitangeklagten Harzdorf betrifft, so hatte derselbe in Hartmannsdorf eine Volksversammlung veranstaltet, in welcher Schmidt einen Vortrag hielt. Die Erhebung von Eintrittsgeld und die Veranstaltung einer Sammlung in Saale waren von der Amtshauptmannschaft nachträglich unter Begunahme auf eine Verordnung der Kreisamptmannschaft Leipzig verboten worden. Harzdorf hatte die Anordnung des Amtshauptmanns in der Versammlung mitgetheilt und gesagt, man müsse sich derselben fügen, auch wenn man sie für unrichtig halte. Er regte ferner eine Beschwerde wegen dieser Anordnung an und erklärte dann noch, wer freiwillig etwas zu den Kosten der Saalsteuer beitragen wolle, der könne es thun, er nehme privatim Geld dazu in Empfang. Auf diese Weise kamen dann 12—15 M. zusammen. Das Landgericht nahm an, daß Harzdorf mit jenen Worten öffentlich zum Ungehorsam gegen eine rechtmäßige Verordnung aufgefordert habe. — Die Revision der drei Angeklagten wurde von dem Rechtsanwält und Reichstags-Abgeordneten Stadthagen aus Berlin eingehend begründet. Er erklärte die Auffassung des Landgerichts Chemnitz bezüglich des Artikels 31 der Reichsverfassung als nicht haltbar; schon der klare Wortlaut und der Zweck der Verfassung sprächen gegen jene Auffassung. Andere Verfassungen hätten ähnliche Bestimmungen und überall verweise man unter Sitzungsperiode, Sitzung, Session, die Zeit zwischen der Eröffnung und der Schließung des Parlamentes. Wenn die drei erwähnten Ausdrücke in der Verfassung verschiedentlich mit einander abwechselten, so ergebe sich daraus klar, daß sie von gleicher Bedeutung seien und insbesondere dasselbe bedeuteten, wie der französische Ausdruck „session“, der sich scharf von „séance“ unterscheidet. Der Verteidiger zog sodann die Entstehungsgeschichte des erwähnten Artikels 31 heran, um nachzuweisen, daß das Landgericht Chemnitz fehlerhaft sei. Wenn die Verfassung vorschreibe, daß der Reichstag alljährlich einberufen werden müsse, so folgere mit Unrecht das Landgericht, daß er dann auch alljährlich wenigstens einmal geschlossen werden müsse und daß dies insbesondere am 8. Mai 1891 hätte geschehen müssen. Der Artikel 13 der Verfassung, der die alljährliche Einberufung fordere, sei aber nur dazu da, um zu verhindern, daß die Volksvertreter möglicherweise ein ganzes Jahr nicht zusammengerufen würden. Wenn aber der Reichstag mit seiner eigenen Zustimmung vertagt werde, so sei die Annahme, daß gegen die Verfassung verstoßen werden könnte, völlig ausgeschlossen. Der Kaiser habe nach Artikel 12 das Recht, den Reichstag zu eröffnen und zu schließen; im vorliegenden Falle sei der Reichstag nicht geschlossen gewesen, als das Verfahren gegen den Angeklagten Schmidt eingeleitet wurde, die Session oder Sitzungsperiode habe noch fortgedauert, und da die Einberufung des Reichstages zur Verfolgung des Abgeordneten Schmidt nicht vorgelegen habe, so sei das ganze Verfahren gegen denselben gescheitert und unzulässig. Wichtig sei es ja, daß bei so langdauernden Vertagungen die Gefahr der Verjährung eintrete, aber die Gerichte seien durch nichts gehindert, immer wieder Anträge an den Reichstag zu stellen. Solche schweren Verbrechen würde überhaupt wohl kein Reichstags-Abgeordneter begehen, daß das Rechtsbewußtsein unter einem etwaigen Aufschub der Strafverfolgung leiden könnte, die dann auch wohl in solchen Fällen vom Reichstage nicht verjagt werden würde. Bezüglich des Mitangeklagten Zimmermann komme in Betracht, daß seine Mittheilungen an und für sich wahr seien und daß er zum mindesten geglaubt habe, berechtigte Interessen wahrzunehmen. Was dagegen Harzdorf betreffe, so habe denselben nichts fernere gelegen, als zum Ungehorsam gegen die betr. Verordnung anzuersuchen; derselbe habe vielmehr in lokaler Weise erklärt, man müsse sich der Anordnung fügen, auch wenn man sie für gescheitert halte. Es komme noch in Betracht, daß das Geben von Geld für eine Sammlung nicht verboten sei, sondern nur das Veranlassen einer Sammlung. Wenn Harzdorf nur die Anwesenden aufgefordert habe, ihm privatim, also nicht in der Versammlung, solche Gelder zu übergeben, die zur Deckung der Kosten benützt werden sollten, so habe er damit keineswegs zu einer verbotenen Handlung aufgefordert. — Herr Ober-Rechtsanwalt Tesendorf erklärte in der Hauptsache sich mit den Ausführungen des Verteidigers einverstanden, wenn auch teilweise aus anderen Gründen. Aus dem Wortlaute des Artikels 31 der Verfassung ergebe sich, daß die Immunität auch während der Vertagungen des Reichstages Geltung habe. Daraus ergäben sich allerdings bedauerliche Konsequenzen für die Gerichte und für ihn selbst, dieselben seien aber unbedenklich. Die bestehenden Pflichten könnten nur durch die Gesetgebung beseitigt werden, und deshalb hätten die verbündeten Regierungen einen Zusatz zum Artikel 31 beantragt, dahin gehend, daß bei Vertagungen von längerer als 30tägiger Dauer die Immunität aufhöre. Der Herr Ober-Rechtsanwalt ließ dann noch einen guten Rath für unsere Gesetzgeber mit einfließen, indem er es für wünschenswert erklärte, daß nicht aus bloßen Schönheitsrücksichten Wortspielereien in die Gesetze kämen. Wenn nur aus dem Grunde, daß nicht immer dasselbe Wort gebraucht werden dürfe, bald Sitzung, Sitzungsperiode oder Session gesagt werde, so entstände dadurch eben Unklarheiten. Die Revision des Angeklagten Harzdorf wurde von Herrn Ober-Rechtsanwalt gleichfalls für begründet erachtet, die Zimmermann's dagegen nicht. — Das Urtheil des Reichsgerichts lautete: Das Urtheil gegen Schmidt wird aufgehoben und die Strafverfolgung desselben als zur Zeit unzulässig erklärt. Verworfen wird die Revision Schmidt's, soweit er sich wegen seiner Freisprechung von der Anklage des

Unfugs beschwert hat, außerdem auch die Revision des Zimmermann. Dagegen wird auf die Revision Harzdorf's das Urtheil, soweit es ihn betrifft, aufgehoben, und die Sache in soweit an das Landgericht Chemnitz zurückverwiesen. In den Gründen wurde erklärt, die Sitzungsperiode des Reichstages dauere von der Eröffnung bis zur Schließung und eine dazwischen liegende kurze oder lange Vertagung unterbreche nicht die Fortdauer der Immunität. Da Feststellungen bezüglich Harzdorf's seien nicht ausreichend und eine Aufforderung zum Ungehorsam sei nicht genügend festgestellt, da es sich nicht um den Widerstand gegen das Gesetz selbst handle.

Ein ungemüthlicher Ausritt auf der Pferdebahn lag einer Privatklage zu Grunde, welche gestern vor der 198. Abtheilung des Schöffengerichts zur Verhandlung gelangte. Am Mittage des 28. November v. J. bestieg der Hauptmann R. vom 2. Garde-Regiment den Vorderperson eines Pferdebahnwagens, der vom Dranienburger Thor nach dem Wedding fuhr. Da der Vorderperson bereits die zulässige Anzahl Fahrgäste enthielt, so bewertete sich der neben dem Hauptmann stehende Kaufmann P. bei dem Kutscher über den Zuwachs. Der Kutscher getraute sich nicht, dem Offizier etwas zu sagen, der Letztere beharrte auf seinem Plaze. Bald darauf wurde der Pferdebahnwagen durch eine Batterie Artillerie im Weiterfahren gehindert. P. nahm Veranlassung, über die Rücksichtslosigkeit des Militärs gegen die Bürger allerlei Bemerkungen zu machen. Bald darauf verließ der Hauptmann den Wagen. Jetzt rief P.: „Der Offizier dort ist ohne Billet gefahren!“ Jetzt ließ der Hauptmann die Persönlichkeit des Kaufmanns feststellen, um dann im Wege der Privatklage gegen ihn vorzugehen. Der Beklagte gab den Sachverhalt zu. Es sei ihm aber die durch die Beweisaufnahme festgestellte Thatsache entgangen, daß dem Kläger kurz nach seinem Aussteigen von dem Schaffner eine Fahrlarte eingehändig worden sei. Im Uebrigen habe er sich in einer gerechtfertigten Erregung befunden, daß dem Offizier gegenüber eine Rücksichtnahme beobachtet wurde, die gegen Zivilpersonen nicht Platz zu greifen pflege. Ihm selbst sei in früheren Fällen das Bestehen eines mit der vorschrittsmäßigen Anzahl Fahrgäste besetzten Wagens trotz strömenden Regens untersagt worden. Der Gerichtshof hielt diese Gründe nicht für stichhaltig, der Vorwurf des Betruges, der in den Worten des Angeklagten liege, daß der Offizier ohne Fahrlarte gefahren sei, bleibe immerhin schwer beleidigend und sei eine Geldstrafe von 100 Mark dafür als eine angemessene Sühne erachtet worden.

Eine originelle Diebstahlsfalle hatte sich der Bildhändler F. zusammengestellt, welcher seine Erfindung gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I preisgab. Kurz vor Weihnachten wurde F., der in einem Keller in der Essasserstraße sein Geschäft betreibt, mehrfach bestohlen, indem unbefugte Hände die an der Außenseite der Thür hängenden Hasen entfernten. Um den Dieb zu ertappen, besetzte F. an einen seitlichen Hasen, der als Lockvogel dienen sollte, einen dünnen Bindfaden, an dessen anderes Ende eine leere Weinschale befestigt war. Die letztere wurde auf den Ladentisch gestellt. Wurde der Hase entfernt, so mußte die Flasche vom Tisch gerissen werden und durch das Aufschlagen auf den Fußboden einen so großen Lärm verursachen, daß die im Laden oder im Nebenraum befindlichen Personen aufmerksam gemacht werden müßten. Der primitive Alarm-Apparat that seine Schuldigkeit. Nach wenigen Stunden wurde die Flasche häufig vom Tische gerissen. Sie zerbrach durch den Fall auf den Fußboden nicht, sondern machte von unsichtbarer Hand gezogen, den Weg bis zur Ladentür, wo sie hinter der Schwelle liegen blieb. Der Ladeninhaber erlitt auf die Straße und nahm hier einen Mann fest, der den Hasen in der Hand hielt und damit das Weite suchen wollte. Es war der Arbeiter Ferd. Jäger, welcher gestern dem Gericht vorgeführt wurde. Im Termin behauptete er, daß er die von dem Zeugen erfundene „Maschinerie“ recht gut gekannt habe und sich nur einen Scherz leisten wollte. Er fand seinen Glauben, sondern wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Soziale Uebersicht.

Aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Die Bergarbeiter-Versammlungen werden wieder häufiger; meist haben sie den Zweck, Stellung gegen die zahlreichen Entlassungen von Arbeitern zu nehmen, die jetzt an der Tagesordnung sind. So war jüngst in Essen eine von mehreren hundert Bergleuten besuchte Versammlung, die gegen das Verfahren der Verwaltung der Zeche „Herkules“ protestirte. Dort ist nämlich etwa 30 Bergleuten gekündigt worden, darunter auch den ehemaligen Delegirten Fischer und Kupperberg, während vor ganz kurzer Zeit erst eine Anzahl Arbeiter österreichischer Nationalität auf dieser Zeche eingestellt worden sein sollen. Die einzelnen Redner kritisirten in der Versammlung dieses Verfahren der Zecheverwaltung sehr scharf, besonders weil die Leute, denen gekündigt wurde, meist Familienväter sind und schon längere Zeit auf der Zeche arbeiten. Besonders böses Blut scheint bei den Bergleuten die Entlassung des Bergmanns Fischer gemacht zu haben.

Schulvorschriften für Arbeiter in Briquettenfabriken finden sich, wie das „Sozialpolitische Zentralblatt“ schreibt, in einer Bergpolizei-Verordnung des Ober-Bergamtes Breslau vom 15. Juli 1891, die von „Glückauf“ (Essen) in seiner Nummer vom 30. Januar d. J. abgedruckt wird. Abschnitt I dieser Verordnung enthält bauliche Vorschriften für die Anlage solcher Fabriken und ihre innere Einrichtung, über bequeme Kommunikation zwischen den verschiedenen Räumen und gute Ventilation, ausreichende Beleuchtung und Schulvorrichtungen an allen Maschinen. Abschnitt II behandelt den Betrieb der Briquettenfabriken, Vorkehrungen gegen Feuergefahr und Vorschriften über die tägliche Reinigung der Arbeitsräume von Staub. In § 25 beginnen die eigentlichen Arbeiterschutz-Vorschriften. Beschäftigt werden dürfen nur zuverlässige Männer, die das 21. Jahr überschritten haben und mit körperlichen Gebrechen nicht behaftet sind. Während der Arbeit sind nur enganschließende Kleider zu tragen (§ 26). Ein zwölfstündiger Normalarbeitstag wird für die bei den Vorrichtungen, bei der Wartung der Maschinen und Kessel Beschäftigten eingeführt (§ 27). Ferner müssen heizbare Ankleideräume, sowie ein Bad für die Arbeiter vorhanden sein. Die Betriebsführer sind den Bergwerksbeamten nachhaftig zu machen. Diese Verordnung ist mit dem 1. Oktober 1891 in Kraft getreten. Sie läßt darauf schließen, daß früher unerträgliche Verhältnisse in den schlesischen Briquettenfabriken geherrscht haben müssen. Der Bundesrath hätte wohl in Auge zu fassen, ob sich nicht die Ausdehnung dieser Vorschriften mit einer weiteren Abklärung des Arbeitstages über Oberschlesien hinaus empfiehlt. Ueberhaupt macht derselbe von seiner Befugnis, die Arbeitsverhältnisse in seinen Gewerben gesondert zu regeln, viel zu wenig Gebrauch.

Geschäftstätigkeit des Stuttgarter Gewerbegerichts. Beim Gewerbegericht Stuttgart, das am 1. Juli 1891 seine Wirksamkeit begonnen hat, sind in den ersten 6 Monaten des Bestehens 508 gewerbliche Streitigkeiten anhängig gemacht worden. In 38 Fällen wurde von Unternehmern gegen Arbeiter Klage erhoben, darunter in 18 Fällen von Buchdrucker-Prinzipalen während des Streites. Streitigkeiten zwischen Lehrmeister und Lehrling wurden in 20 Fällen anhängig, in 5 Fällen wurde vom Lehrmeister, in 15 Fällen vom Lehrling Klage erhoben. Die übrigen Fälle, 450 an der Zahl, betreffen Klagen, welche von Arbeitern erhoben wurden. In den 508 Streitigkeiten, welche zusammen anhängig geworden sind, wurden 597 mündliche Verhandlungen abgehalten, darunter 228 vor dem Gewerbegericht unter Zuziehung von Beisitzern, 369 vor dem Vorsitzenden allein,

Theater.
 Sonnabend, den 27. Februar.
Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern-Oper.) Vorher: Das goldene Kreuz.
Schauspielhaus. Das heilige Lachen.
Deutsches Theater. Kollege Grampton
Festung-Theater. Sodoms Ende.
Berliner Theater. Schlimme Saat.
Residenz-Theater. Riquette (Ma Cousine).
Wallner-Theater. Poette.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Das Sonntagkind.
Thomas-Theater. Reif-Neiffingen.
Pelluciance-Theater. Almen-rauch und Edelweiß.
Ostend-Theater. Sina, die zweite Frau.
Adolph Ernst-Theater. Der Lanzknecht.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Pfaffen.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebäude Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Faustmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Konordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen
 Kommandantenstrasse 77-79.
 Heute, sowie täglich:

Gr. Freikonzert.
 Anfangs Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 20 Pf. Entree, Anfang 6 Uhr. Empfehlung meinen berühmten Mittags-tisch à la Duval. Diner à 1 Mark. 3 Regalbahnen, 6 Billards, 2 Gäle. 1169L.
 Sowie täglich:

Gr. Bock-Ausschank
 aus der Berliner Bock-Bräuerei.

Stabliment Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:

Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Hömann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausschank von Pilsener-Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
 Interessanteste Völkerschaft
 Inner-Afrikas:

Schuli
 b. Emlin Pascha-Resch.
 30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.
 Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, - 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittag.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
 Lebensgroße Wachsfiguren und Gruppen, Dioramen, Sandfluth - Panoramen mit Gewitter.
 Im Theater-Saal (ohne Extra-Entree): Täglich von 6 Uhr ab Vorstellung von Spezial. I. Rang.
 Entree 50 Pf.

Präuser's anat. Museum.

Schluss unwiderruflich am 30. März, und vieles andere neu!
Influenza für erwachsene Herren.
Täglich Tag jed. Dienstag und Freitag.
Damen-

Den Genossen halte ich meine

Masken-Garderobe bei Bedarf best. empfohlen Grösste Auswahl. Bill. Pr. Vereinen Preisermässigt.
Fr. Panknin,
 Oranienstrasse 178,
 Adalberstr. 91, Ecke Oranienstr.

Wo speisen Sie?

In der oft pommer-schen Küche, Oranienstr. 151, Hof pt. bei Klein: Frühst. 50 Pf., Mittagstisch mit vier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis 50 Pf. nach Auswahl. 1896E

Circus Renz.
 Karlstrasse.
 Sonnabend, den 27. Febr. 1892, Abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 Zum 100. Male:
 „Auf Helgoland“
 oder: Ebbe und Fluth.
 Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Fähen (30 Damen), Aufzügen. Neue Einlage: **Die Garde-Susaren.** Tischeressen, Dampfschiff- und Bootfahrten, Wasserfällen, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten u. s. w., zum Schluss: **Neu! Feenhaftes Kunst- und Prachtfeuerwerk,** arrangirt und inszenirt vom Direktor E. Renz.
 Außerdem: **Gr. Harde-Rennsa,** ger. von Damen und Herren mit Vollblut-Springpferden. **Solon,** geritten von der beliebten Schulkreierin Fräulein Clotilde Hager. **Vorführung zweier Blumenpferde** (arab. Vollblut) durch Fräulein Oceansa Renz. **Contredanse,** geritten von 9 Herren. **Emperor,** ger. von dem Schulkreier Herrn Gaberel. **Sisters Lawrence** am Sieg. **Trapes.** Auftreten der Amerikaner 3 Gohröder Rixfords. Auftreten der vorzüglichsten Reitschülerinnen und Reitschüler. **Komische Entrees** und **Intermezzo's** von sämtlichen Clowns etc.
 Sonntag 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei). Auf vielseitiges Verlangen: **Die lustigen Heideborger.** Abends 7 1/2 Uhr: **Auf Helgoland.**
 E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
 Friedrich-Str.-Acker, Ecke Karlstr.
 Sonnabend, den 27. Febr. 1892, Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Gala-Vorstellung mit vorzüglich gewähltem, aus den besten Repertoire-Nummern bestehenden Programm.
Austr. des anerkannt besten Schulkreiters der Gegenwart Hr. James Hillis mit seinem Schulpferd **Germinal.**
 Zum Schluss der Vorstellung: **Neu einstudirt: Eine Nacht in Venedig.** Große komische Original-Wasserpantomime in 2 Abtheilungen mit neuen sensationellen Licht- u. Wassereffekten.
 Morgen große Vorstellung mit neuem Programm. Auftreten des Hr. James Hillis mit seinem Schulpferd „Germinal“. Eine Nacht in Venedig.
 Sonntag, den 28. Febr., 2 große Vorstellungen, Nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen Auftreten des Hr. Hillis. In beiden Vorstellungen **Dirkus unter Wasser.** Eine Nacht in Venedig.

Der diesjährige 241/9
Wiener Masken-Ball
der Maurer Charlottenburgs
 („Grundstein zur Einigkeit“)
 findet am **1. März, Abends 8 Uhr,** im Lokale „**Bismarckshöhe**“ statt. **Billets à 50 Pfg.** sind zu haben bei August Reiz, Wilmersdorferstrasse Nr. 154, und an der Abendkasse.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Große Versammlung
des Sozialdemokrat. Wahlvereins für Teltow-Charlottenburg
 am **Sonnabend, den 27. d. M., Abends 8 Uhr,** im Lokale „**Bismarckshöhe**“, **Wilmersdorferstr. 39.**
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Reyer.** 2. Beschlußfassung über den 1. Mai. 3. Verschiedenes. — Um recht zahlreichen Besuch bittet
 812/19
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Agitations-Klub für den Osten Berlins.
Versammlung für Frauen und Männer
 am **Sonntag, den 28. Februar 1892, Abends 6 1/2 Uhr,** in **Schneider's Gesellschaftshaus** früher Neustädter Volksgarten), **Proskauerstrasse 37-38.**
Tagesordnung: Vortrag des Fräulein **Wabnitz** über **Naturgesetz und Menschenrecht.** — Nach der Versammlung gefälliges Beisammensein, verbunden mit Vorträgen und Tanz. **Entree 10 Pf.** Herren und Damen als Gäste willkommen.
 1623b

Achtung! Achtung!
Große öffentliche Holzarbeiter-Versammlung,
 als wie:
Tischler, Kistenmacher, Stellmacher, Zimmerleute, Drechsler etc.
 am **Montag, den 29. Februar, Abds. 8 1/2 Uhr,** im Lokale **des Herrn Josi, Andreas-Strasse No. 21.**
Tagesordnung:
 Wie stellen sich die Holzarbeiter zur Entsendung eines Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress. Referent **Stadtverordneter Genosse Fritz Zubeil.**
 3. N.: **Paul Schröder, Gr. Frankfurterstr. 15.**

Öffentliche
Versammlung für Männer u. Frauen
 am **Sonntag, den 28. Februar, Nachm. 4 Uhr,** in „**Knebel's Salon**“, **Bad-Strasse No. 58.**
Tages-Ordnung:
 Vortrag des Herrn **L. Henning** über: **„Das Christenthum der ersten Jahrhunderte.“**
 Nachher **Beisammensein mit Tanz.** **Zusammenkunft findet statt.**
Die Einberuferin.

Schuhe und Stiefel mit Kontrollmarke empfiehlt 1620b
J. Schiefke, Pöcklerstrasse 14.
Schuhe und Stiefel mit Kontrollmarke empfiehlt 1610b
H. Janke, Langestr. 90.

Welt-Restaurant
 Dresdenerstr. 97. 1619b
Nordd. Säng..
 Auftreten der Damen Fräulein **Geschwister Waldmann, Fräulein Lucie Werner,** des Herrn **Gercke** und des Komikers **Mr. Philippo** mit seinem **Theatro ministera (Café).**
 Anf. 6 Uhr. Entree 50 Pf. inkl. Progr. Kinder 20 Pf.
 Empfehle allen Freunden und Genossen mein

Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal.
Zimmer mit und ohne Piano sieben den geehrten Vorständen, Klubs, sowie Gesangsvereinen noch einige Tage zur Verfügung.
 Jeden **Sonnabend von 8-10 Uhr** 3. Hülfe des 4. B. H. Vereins, der Metallarbeiter, des Tischlervereins, der Bildungsschule, sowie der Zentral-Krankenkasse der Tapezierer.
 Außerdem jeden Sonntag Abend musikalische Unterhaltung. 2014L.
Fr. Zubeil,
 Haunstr. 86.

Jüttner's Restaurant.
 Allen Freunden und Gen. empfehle mein in der **Barnimstr. 16** gelegenes **Restaurant mit großem Vereinszimmer** (ca. 80 Personen fassend), insbesondere **Gesangsvereinen.** J. B.:
Otto Heindorf,
 Barnimstraße 16.

C. Kramer's Restaurant
 Rixdorf, Herrmannstraße 140, neben den Kirchhöfen, früher **Hasenhaide.**
 Empf. sich allen Kirchhofbesuch.

Für Schützen!
 Große Freischützen am Gold- und Silberwaaren im Werthe von 500 M. Anfang des Schießens am **Sonntag, den 28. Februar.** Nähere Bestimmungen sind im Schießlokal zu erfahren. Es laden dazu ein 1631b
G. Wächter, H. Schloffer.
 Ich erkläre Herrn **Jüttner,** Zimmerstrasse 28, als einen Ehrenmann. 1612b
H. Gräbner, Lindenstr. 10.

Versammlung
der Schriftgiesser
 und **Schriftgiesserei-Hilfsarbeiterinnen**
 am **Montag, den 29. Februar 1892, Abends 8 1/2 Uhr,** im „**Konigsbäcker'schen Saal**“, **Andreasstr. 16.**
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **D. Türk** über: **„Frauenbefreiung.“** 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl zur Agitations-Kommission. 4. Mittheilungen der Zentralkommission. 5. Verschiedenes. 1627b
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Möbelpolirer!
Öffentliche Versammlung
 morgen, **Sonntag, den 28. Februar, Vormittags 10 Uhr,** **Andreasstr. 26.**
 Die Tagesordnung ist eine für unsere Beruf sehr wichtige, darum müssen alle Kollegen, auch die arbeitlosen, erscheinen. Flugblätter sind in den Arbeitsnachweisen zu haben.
 1637b
Der Einberufer. Robert Weber.

Zimmerleute!
Öffentliche General-Versammlung
 am **Sonntag, den 28. Februar 1892, Vormittags 10 Uhr,** in „**Gratweil's Bierhallen**“, **Kommandantenstrasse 77-79.**
Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zum **Gewerkschafts-Kongress.** 2. Die Angriffe des „**Zimmerers**“ (Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute) gegen die hiesige Lohnkommission. 3. Verschiedenes.
 Nicht eines jeden Zimmerers ist es, zu erscheinen.
 359/17
Die Lohnkommission.

Öffentliche Versammlung
für Frauen und Männer
 zu Gunsten der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung
 am **Sonntag, den 28. Februar, Abends 6 Uhr,** in „**Gratweil's Bierhallen**“, **Kommandantenstrasse Nr. 77-79.**
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: **„Aus dem Gebiete der Chemie“**, mit Experimenten. Referent **F. Clausen.** 2. Diskussion. — **Gefälliges Beisammensein.**
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Einberufer.

Öffentliche
Versammlung für Männer u. Frauen
 am **Sonntag, den 28. Februar, Nachm. 5 1/2 Uhr,** im **Restaurant von Otto Klein, Schönleinstrasse No. 6.**
Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Dastig** über: **„Der wirtschaftliche Niedergang und die materielle Lage der Arbeiter.“** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung findet vom **Leffe- und Distrikklub „Vereinte Kraft“** ein **gemüthliches Beisammensein** mit musikalischer Abendunterhaltung statt. Um recht rege Beteiligung ersucht
 433/12
Der Vorstand.

„Freier Diskutir-Verein“
 (gegründet von Schülern der Arbeiter-Bildungsschule).
Öffentliche Versammlung
 Morgen, **Sonntag, Abends 5 1/2 Uhr, Lindenstr. 106.**
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über **„Optimaten und Aristokratie“.** Referent Genosse **L. Kleinert** (Schüler der Arbeiter-Bildungsschule). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nach der Versammlung findet von obigem Verein ein **gefälliges Beisammensein**, verbunden mit **Tanz**, statt.
 1622b
Der Einberufer.

Musik-Instrumenten-Arbeiter.
 Montag, den **29. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,** in „**Deigmüller's Salon**“, **Alte Jakob-Strasse No. 48a**
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zum **Gewerkschafts-Kongress** zu Halberstadt. Referent **H. Schmidt.** 2. Diskussion. 3. Event. Wahl von Delegirten.
 Um weiteste Verbreitung dieser Versammlungs-Anzeige und größten Besuch wird ersucht.
 435/14
Die Agitations-Kommission.

Freie Vereinigung sämtl. in der Papierindustrie
 beschäfts. Arbeiter u. Arbeiterinnen **Berlins und Umgegend.**
Grosse Versammlung
 am **Montag, den 29. Februar 1892, Abends 8 Uhr,** bei **Joel, Andreasstrasse 21, L.**
Tagesordnung:
 1. Medizinischer Vortrag des Herrn **Dr. Zebauer.** 2. Regelung des Arbeitsnachweises und der Bibliothek. resp. Wahl von Kommissionen hierzu. 3. Gewerkschaftskongress und event. Beschickung desselben. 4. Fragelasten.
 Am **Sonntag, den 29. März, Vormittags 10 1/2 Uhr,** findet in „**Ed. Iggbank**“, **Gr. Frankfurterstr. 117.** Große **Ratinee** unter Mitwirkung des **Jahresen Gesangsvereins** und **Kaiserlichen Männerchor** u. u. m. statt. **Billets à 30 Pf.** in der Versammlung.
 Aufnahme neuer Mitglieder findet in der Versammlung, sowie in den Zahlstellen statt. Die Einschreibegelder beträgt 20 Pf. und der wöchentliche Beitrag 10 Pf. Die weiblichen Mitglieder erhalten die Arbeiterinnenzeitung „**Die Gleichheit**“. Die Zahlstellen sind jeden **Sonnabend von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr** geöffnet und befinden sich: 1. bei **Riding, Wilowstrasse 52;** 2. bei **Zahlmann, Wasserthorstrasse 22;** 3. bei **Deichsel, Adalberstr. 4;** 4. bei **Heule, Blumenstrasse 35;** 5. bei **Kühmey, Schönhauser Allee 28.** 154/30
 Nachsich suchende Mitglieder haben sich an den Vorsitzenden der Reichs-Agitations-Kommission, **Kollegen Franz Drews, Ammerstr. 29, Hof 1. 4 Tr.,** oder an **Hrn. Rechtsanw. Heine, Alexanderstrasse 50,** zu wenden.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen Deutschlands.
E. H. 26. Sitz: Offenbach a. M.
 Die Kasse nimmt als Mitglieder Frauen und Mädchen vom 14. bis 45. Lebensjahre auf. Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mark. Der wöchentliche Beitrag 25 Pf. Als Krankenunterstützung wird 7,20 M. wöchentlich oder Verpflegung im Krankenhaus gewährt. Das Belegungsgeld beträgt 60 M. 152/9
 Beitrittserklärungen werden entgegen-genommen: **SO. Verwaltungsstelle I: Wilh. Pappe, Reichensbergerstr. 155. Quergeb. IV; Emil Brödel, Manteuffelstrasse 49. SW. Verwaltungsstelle II: Beetha Luz, Pantanierstr. 7. Saden-Ortlepp, Sieglitzer-Strasse 90. III. N. Verwaltungsstelle III: F. Polz, Bergstrasse 80. Quergeb.; Wilhelmine Gränewald, Prinzen-Allee 27. III. O. Verwaltungsstelle IV: Emil Müller, Memelerstr. 31. S. IV: Herrm. Gebrhardt, Pichlerbergerstr. 7. Quergeb. IV.**

Gauverein
Berliner Bildhauer.
 Dienstag, den **1. März, Abends 8 1/2 Uhr,** bei **Kessner, Ammerstr. 16,** keine Versammlung, dafür **gemüthliches Beisammensein** mit **Damen** bei freiem Entree.
 Morgen **Urania.** Anfang **Vorm. 10 1/2 Uhr.**
 374/12
Der Vorstand.
Dr. Hoosch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.
 Hierzu zwei Beilagen

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

181. Sitzung vom 26. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Stephan.
Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über das Telegraphenwesen des Reichs wird fortgesetzt mit dem von der Kommission eingeschalteten § 7a, dessen Diskussion gestern nicht zu Ende geführt war. Derselbe lautet: „Elektrische Anlagen sind, sobald gegenseitige Störung zu befürchten ist, auf Kosten desjenigen Theils, welcher diese Gefahren verursacht, so anzuordnen, daß sie sich nicht störend beeinflussen können.“

Hammacher amendirt den letzten Passus: „nach Möglichkeit so anzuordnen u. s. w.“ Böttker sagt den § 7a so, daß der Theil die Kosten tragen soll, der durch eine spätere Anlage oder Aenderung einer bestehenden die Gefahr verursacht. Das Zentrum und die Sozialdemokraten, Lieber, Spahn, resp. Auer beantragen über Störungsfälle die physikalisch-technische Reichsanstalt als Spruchbehörde entscheiden zu lassen. Die Abg. Dr. v. Bar u. Gen. beantragen folgende Fassung des § 7a: „Telegraphen- und Telephonanlagen müssen, sofern eine Störung anderer elektrischer Leitungen oder durch andere solche Leitungen zu befürchten ist, so eingerichtet sein, daß sie gegen die Einwirkung anderer benachbarter Leitungen in sich selbst geschützt sind, vorausgesetzt, daß auch diese Leitungen den in letzterer Beziehung zu erhebenden Ansprüchen genügen.“

Der vorstehende Antrag war in der gestrigen Sitzung von den Abg. Siemens und Singer empfohlen worden. Heute hat der Abg. Böttker folgenden Eventualantrag zum Kommissionsantrag eingebracht:

„Die auf Grund dieser Bestimmungen entstehenden Streitigkeiten gehören vor die ordentlichen Gerichte. Das gerichtliche Verfahren ist zu beschleunigen. Der Rechtsstreit gilt als Ferienfache.“

Abg. Spahn befürwortet den Antrag Lieber-Spahn, der die Frage der Möglichkeit des Selbstschutzes beiseite läßt, aber dem praktischen Bedürfnis entgegenkommt. Bei der Wichtigkeit der Frage der Weiterentwicklung der Elektrotechnik für unser gesamtes wirtschaftliches Leben müsse unbedingt dem bloßen Belieben der Verwaltung, alle Kraftübertragungs-Anlagen zu verhindern, eine Schranke gesetzt werden.

Abg. Graf Arnim (Rp.): In dem Grenzstreit zwischen den Ansprüchen, welche die Freunde der Starkstromleitung und die Vertreter der verbündeten Regierungen ergeben, geht man beiderseits zu weit. Wenn der Antrag Lieber-Spahn nur die noch zu errichtenden Anlagen unter diese Vorchrift stellen will, so muß das deutlicher ausgedrückt werden. Etwas milder ist die Fassung des Antrags v. Bar. Die Staatsverwaltungen sind jedenfalls boni possidentes und haben also ein faktisches Vorrecht, gleichviel wie die Rechtsfrage liegt. Das Eigentum der Gemeinden an Straßen und Plätzen ist ja auch kein schlechthin unbeschränktes, sondern eingeschränkt durch die Interessen des allgemeinen Verkehrs. Der Verkehr des Fernsprechwesens ist viel wichtiger als die Frage, ob die Personen mit Herden und Velozipeden spazieren fahren können. Denselben Fernsprechverkehr ist unser moderner Verkehr gar nicht mehr denkbar. Ich kann deshalb auch nicht ganz die Darlegung der Stadt Berlin verstehen, welche die Ansprüche der Postverwaltung als eine Einschränkung von Rechten aller zu Gunsten einzelner deute. Im Publikum ist von der Gefahr der Starkströme ein unrichtiges Bild verbreitet. Die Schwachströme müssen geschützt werden, mögen die Starkströme geschützt werden können oder nicht. Es scheint mir nicht billig, daß der Staat im Interesse der Elektrizitäts-Gesellschaften die enormen Kosten der Schutzanlagen der staatlichen Telegraphenleitungen und Telephonanlagen auf sich nehmen soll. Die Anlage von Rückleitungen würde auch eine Verdoppelung der Gebühren bedingen. Eine solche Liebeshandlung kann nicht mit der Erweisung ähnlicher Liebedienste an die Landwirtschaft motiviert werden; noch hat Niemand behauptet, daß die Elektrizitätsgesellschaften Noth leiden. Mindestens muß der Grundlag der Priorität anerkannt werden, wie er im Kommissionsantrag bzw. im Antrage Böttker ausgesprochen ist. Im Gegensatz zum Staatssekretär erwarte ich von der Elektrotechnik eine große Entwicklung und großartige Fortschritte für die Industrie und das wirtschaftliche Leben. Darum darf die Anbahnung der Starkströme nicht verhindert werden. Nur besten wird es sein, den Antrag Böttker anzunehmen. Das allgemeine Elektrizitätsgesetz muß aber dann baldigst ergehen.

Abg. v. Strombeck (Z.): Die Reichs-Telegraphenverwaltung erstreckt nach dem Kommissionsbericht nur die gesetzliche Festlegung des bestehenden Zustandes; sie hat zwei in der Theorie beruhende Erklärungen abgegeben, daß sie sich unter das gemeine Recht stellen und der Privatindustrie keineswegs Nachtheile zufügen wolle. Dieser Theorie steht aber eine beunruhigende Praxis gegenüber. Wie in Breslau hat auch in Dresden die Postverwaltung verlangt, daß der betreffende Unternehmer sich den allgemeinen Bedingungen unterwerfe, welche die Ober-Postdirektion über Starkstromleitungen aufgestellt hat. Aus der allgemeinen Rechtsnorm kann ich mir dieses Verlangen nicht konstruieren. Von allen vorliegenden Anträgen wird keiner dem wirklichen Bedürfnis ganz gerecht. Erst wenn eine Störung der Telegraphenleitungen eingetreten oder zu befürchten ist und durch Selbstschutz nicht verhütet werden kann, kann die Verwaltung die Verlegung oder Befreiung der störenden Leitungen verlangen.

Staatssekretär von Stephan: Der Antrag Spahn muß von mir als nicht annehmbar bezeichnet werden, ebenso der Antrag Strombeck, letzterer namentlich nicht, weil es darin heißt „wenn die Störung durch Selbstschutz nicht verhütet werden kann“; daraus würde folgen, wenn sie verhütet werden können, hat die Verwaltung die ganzen Kosten zu tragen. Der Fall in Dresden paßt hier nicht her; dort giebt es ein Gesetz, auf Grund dessen die Ober-Postdirektion ihr Verlangen gestellt hat. — Noch niemals ist eine solche Fülle von Mißverständnissen und Beunruhigungen über ein Gesetz in die Bevölkerung hineingetragen worden als bei diesem Gesetz. Der Verwaltung liegt es ganz fern, der elektrischen Industrie irgend welche Schwierigkeiten zu bereiten. Man führt in dieser Hinsicht einen Kampf gegen Windmühlen, oder besser einen Kampf in der Luft, eine Geistesfehlsucht, ehrenvoll aber nutzlos. Die Elektrizität muß in der Bevölkerung eingeführt werden; das ist eine sonore Art zu reden, aber es stimmt nicht. Eines Introdunktens bedarf es nicht, sie ist seit 50 Jahren in der Telegraphie, seit 10 Jahren in der Beleuchtung, seit einer Reihe von Jahren in der Kraftübertragung. Alles will jetzt von der Elektrizität leben, bald wird es mehr Menschen geben, die von ihr leben wollen, als solche, die ihrer bedürfen. Einer der Hauptkräfte der Bewegung ist Frankfurt a. M. Die berühmte Kraftübertragung von Lauffen aber wäre ohne Hilfe der Reichs-Telegraphenverwaltung überhaupt nicht herzustellen gewesen. Jetzt spielt man diese Leistung gegen die Verwaltung aus. Von Frankfurt aus schickt man Wunderposten auf Reisen, diese kommen in die elektrotechnischen Vereine, fangen ihre Erregung an, stören diese Vereine in ihrer ruhigen Arbeit (Heiterkeit links); dieser verwerflichen Wirksamkeit muss entgegengetreten werden; man kann hier nicht von einem Beunruhigungsabscuss sprechen; es handelt sich schon mehr um ein vollständiges Beunruhigungs-

megatherium. (Große Heiterkeit.) Es wird immer auf den Kongress verwiesen, der 400 Teilnehmer zählte. Die Zahl kann doch nicht imponieren, Fachmänner waren darunter nur wenig; der Dilettantismus machte sich dort breit und den müssen wir bekämpfen. Die Petitionen der Städte will ich milde behandeln mit dem Hamlet'schen Worte: „Der Rest ist Schweigen.“ Die Telegraphenverwaltung ist keine Partei, das ist eine sophistische Wendung, die ich zurückweise; es sind die verbündeten Regierungen, welche Ihnen das Gesetz vorgelegt haben. Es handelt sich nicht um Verletzung der Rechte der Gesamtheit zu Gunsten Einzelner, sondern gerade das Interesse der Steuerzahler soll gewahrt werden. Gegen Herrn Siemens bemerke ich zunächst, daß die Kraftelektrizität noch sehr theuer ist. Mit der Verbilligung, die wir ja Alle wünschen müssen, hat es noch gute Wege. Amtliche Nachrichten über die Resultate der Lauffener Kraftübertragung liegen noch immer nicht vor. Gewiss sind die dynamischen Maschinen noch größerer Vervollkommnung fähig, das ist unbestreitbar. Ihre Anfänge gehen bis 1832 zurück, aber erst 25 Jahre später kam Werner Siemens mit seinen sinnreichen Erfindungen, diejenige Vervollkommnung aber, welche die Kraft zum Gemeingut des Publikums machen wird, ist noch nicht gefunden. Um nun die Tragweite des Antrags v. Bar zu würdigen, muß man sich immer gegenwärtig halten, daß der Starkstrom hunderttausendmal so stark ist, wie die Ströme, mit denen die Telegraphenverwaltung arbeitet. Die Starkströme können Menschen tödnen, Eisen schmelzen, Feuerbrünste erzeugen. Nun ist der Ausdruck „in sich selbst geschützt“ im Antrag v. Bar schlechthin unverständlich. Ein technischer Schutz ist überhaupt nicht möglich. Der ganze Gegenstand ist schließlich nichts als eine reine Kostenfrage. Der Hinweis des Herrn Siemens, daß unsere elektrische Industrie konkurrenzunfähig würde, wenn ihr die Lasten des Gesetzes auferlegt würden, ist vollständig hinfällig, denn alle ausländischen Gesetzgebungen statuieren ein viel weiter gehendes Recht der Telegraphenverwaltung, viel größere Einschränkungen als unsere Vorlage. Wir wollen bloß die Erde benutzen; wenn Sie uns die nicht geben wollen, könnten wir uns allerdings die ganze Debatte sparen. (Der Staatssekretär verliest die betr. Gesetzesbestimmungen Oesterreichs, Ungarns, Belgiens u. s. w.) Selbstverständlich habe ich gestern, als ich mich auf das Zeugnis der Kommissionsmitglieder mit Ausnahme der freisinnigen derlei, nicht deren Glaubwürdigkeit irgendwie bezweifeln wollen, ich habe nur gemeint, daß meine Aeußerungen gerade von Ihnen dort mißverstanden worden sind. Schließlich haben die Herren Siemens und Singer ein persönliches Moment ins Gesetz geführt. Das geschieht ja meistens, wenn die sachlichen Argumente ausgehen. Man hat auf mich persönlich und auf meine Rücksichtslosigkeit hingewiesen. Mag mein Nachfolger sein, wer er wolle, niemals wird er die Verwaltung des Reichspost- und Telegraphenwesens, zumal in einer Zeit, die unter dem Zeichen des Fortschritts steht, anders als nach den Traditionen führen können, unter denen sie groß und mächtig geworden ist. Nehmen Sie die Anträge ab und verstehen Sie dadurch, daß in diesen Bau die Errichtung hineingetragen werde. (Beifall rechts.)

Abg. Schröder (Hr.): Die Rede des Staatssekretärs war voller Mißverständnisse. Objektive hat er sprechen wollen, und thatsächlich hat er seinem Verdruss über den ihm nicht ganz gefallenden Gang der Dinge in sehr wenig objektiver Weise Ausdruck gegeben. Bedauerlich ist es doch, daß ein internationaler Kongress, den wir nach Deutschland einberufen haben, der als Ehrenpräsident Herr von Stephan hatte, jetzt so von oben herunter behandelt wird. Gerade dem Auslande gegenüber ist das nicht recht, denn die Versammlung war zweifellos eine der hervorragendsten wissenschaftlichen Versammlungen, die Deutschland je gesehen. Ueber die Rechtsauffassung der verbündeten Regierungen haben wir bis zum gegenwärtigen Augenblick trotz aller Bemühungen immer noch keine Auskunft erhalten. Die im Publikum entstandenen Mißverständnisse entspringen lediglich aus der Behandlung dieser Materie durch die verbündeten Regierungen. Man hat uns ein ganz unvollständiges Gesetz vorgelegt, dessen Vervollständigung uns entsetzliche Schwierigkeiten gemacht. Das Gesetz über die Elektrizitätsanlagen liegt seit einem Jahre beim Bundesrat, ohne vorwärts zu kommen. Wäre dieses Gesetz entsprechend gefördert worden, so hätte sich die Verwaltung sehr viel einfacher gestaltet. Auch hier im Hause wird seitens des Bundesrats nicht ein einigermaßen befriedigendes Entgegenkommen gezeigt. Welches Recht besitzt die Telegraphenverwaltung für ihre Leistungen auf den Straßen und unter der Erde? Diese Frage ist noch immer unbeantwortet. Das Recht, die Erde als Rückleitung zu benutzen, ist als ein abschließliches Recht der Reichspost- und Telegraphenverwaltung nirgends und niemals statuiert worden, praktisch steht dem die Forderung der Verwaltung gegenüber, daß ihr unter allen Umständen das Vortrecht gebührt. Auch das Recht der Priorität, welches der Antrag Böttker sichern will, kann hier nicht ausschlaggebend sein. Eine gerechte Behandlung der Interessenten verbietet nur unser Antrag. Wir stehen vor einer großartigen Entwicklung der Elektrizität, und wir sehen, daß die Maßnahmen der Verwaltung die Möglichkeit der Anbahnung derselben für die Allgemeinheit auszuschließen geeignet sind. Deshalb sollte man auch über die Darlegungen der Städte nicht so gleichgültig hinweggehen, die in der freien Verfügung über ihren Grund und Boden nicht geistert sein wollen. Der Ausdruck „in sich selbst geschützt“ ist der terminus technicus in der Telephontechnik, deshalb ist er von uns angewendet worden. Der Staatssekretär hat sich und sämtliche Beamte seines Ressorts als absolut unfehlbar hingestellt. Mit diesem Standpunkte ist natürlich schwer zu rechten. Nicht sowohl die Kostenfrage, als die Frage der Gefährdung der Ausführung von Anlagen für die Städte ist hier die Hauptfrage. Von den Anträgen steht der des Abg. v. Strombeck dem unserigen am nächsten; wir halten aber den unserigen als den präzisieren aufrecht. Im Hause scheint sich doch das Bedürfnis geltend zu machen, diese Frage an dieser Stelle zu ordnen, und so wird die Haltung des Bundesrats vielleicht in der dritten Lesung entgegenkommender sein.

Abg. Hammacher: Der Antrag v. Bar ist der unannehmbarste von allen, denn er fordert eine Vergendung des Kapitals durch den Zwang zur Schaffung aller beiden in jedem Falle in Betracht kommenden Leitungen. Ich bitte Sie, sich auf den Antrag Böttker zu vereinigen. Was uns fehlt, ist das Elektrizitätsgesetz; wenn ein solches vorhanden gewesen wäre, hätte es nicht zum Mißbrauch der bestehenden Rechtsbefugnisse durch die übertriebenen Forderungen der Verwaltungen in Halle und Breslau kommen können.

Abg. v. Volkmar (Soz.): Ich brauche meine Partei nicht gegen den Vorwurf zu verwahren, daß wir dem Kapital und der Ausnutzung der Elektrizität durch das Kapital Vorschub leisten und ein neues Regal des Staates inhaltslos machen wollen. Obwohl wir an den gegenwärtigen Trägern der Staatsgewalt keine besondere Freude und zu denselben kein besonderes Vertrauen haben, so haben wir doch jeder Zeit in dem Widerstreit zwischen dem privatkapitalistischen Interesse und dem allgemeinen Interesse uns auf die Seite des Staates gestellt. Im vorliegenden Falle freilich glaube ich, daß der Streit zwischen Regierung und Kapital nicht lange dauern wird. Binnen Kurzem werden sie sich wieder in den Armen liegen. Inzwischen steht für uns das öffentliche Interesse, das telegraphische Nachrichtenwesen in erster Linie und wir würden uns vielleicht auf

die Seite des Staatssekretärs stellen, wenn er uns das nicht selbst durch seine Haltung unmöglich gemacht hätte. Die ausweichende Art, mit welcher bisher von der Telegraphenverwaltung Rechte in Anspruch genommen worden sind, welche nirgendwo im geschriebenen Recht verzeichnet sind, die durchaus ausweichende Antwort des Staatssekretärs in Bezug darauf, welche Rechte er bisher glaubte in Anspruch nehmen zu sollen, die Thatsache, daß er selbst den absolut unschuldigen Antrag Buol für unannehmbar erklärte, haben meine Freunde und mich mißtrauisch gemacht. Es wird das Mißtrauen geweckt, daß die Reichs-Telegraphenverwaltung die Alleinherrschaft über die Elektrizität und ihre Anwendung in Anspruch nehmen will. Der Staatssekretär hat zwar auch einmal gesagt: die Regierung ist keine Partei, sie handelt nur zum allgemeinen Besten, — und ich bezweifle nicht im Mindesten, daß dies die subjektive Vorstellung des Staatssekretärs ist, aber Staatssekretär und Regierung sind doch nicht unfehlbar, sonst wäre der Reichstag überflüssig und wir bräuchten hier nicht wochenlang so hinzudämmern. Wir können die öffentlichen Interessen noch in ausgedehnter Weise vertreten als andere. Wir glauben, daß bürokratischer Eigensinn und einseitig fiskalische Interessen bei der Post- und Telegraphenverwaltung in hervorragender Weise zum Ausdruck kommen. Gewiss hat der Staatssekretär im Interesse des Fortschritts in Deutschland manches Gute geleistet, aber in vielen Dingen hat er gegen den „Volkgeist“ gehandelt, er hat Sparmaßregeln erlassen auf Kosten seiner Beamten. Gerade aus dieser Betonung einseitig fiskalischer Interessen können, ohne daß das Reich einen wirklichen Nutzen hat, der Privatindustrie auf dem Gebiete der Elektrotechnik schwere Schädigungen erwachsen. Die Entwicklung der Anwendung der Elektrizität darf vom Staate nicht gehemmt werden. Daran ändert auch nichts die Thatsache, daß zunächst die Elektrizität und andere Kräfte im Dienste des Privatkapitals stehen. Eine große Reihe von Gemeinden befindet sich im Besitze der elektrischen Kraft, und wenn sie auch vielfach dazu geschritten sind oder schreiten werden, die Ausbeutung dieser Motoren in den Dienst des Privatkapitals zu stellen, so steht es ihnen doch schon gegenwärtig frei, die elektrischen Kräfte selbst in Verwaltung zu nehmen, und infolge dessen mehr im Interesse des allgemeinen Wohles zu wirtschaften. In Bezug auf den Selbstschutz der Schwachstromleitungen will ich mich nicht als Sachverständiger aufspielen, die Regierung aber hätte besser daran gethan, wenn sie bei dieser Gelegenheit sich nicht so absprechend gegenüber allen anderen Urtheilen auf elektrotechnischem Gebiet ausgesprochen hätte. Herr v. Stephan hat den Frankfurter Kongress förmlich heruntergemacht, Anfangs freilich wünschte er dem Kongress Glück und Segen auf dem Weg, jetzt paßt er ihm nicht mehr; so wird es wahrscheinlich auch dem Berliner elektrotechnischen Verein gehen. Auf dem Kongress in Frankfurt war eine größere Anzahl von Staats-Elektrotechnikern aus Württemberg und Oesterreich anwesend, und diese haben sich gegen die Meinung des Staatssekretärs dahin ausgesprochen, daß ein Selbstschutz der elektrischen Schwachstromleitungen gegenüber Starkstromleitungen möglich sei. Ich habe stets die Energie des Staatssekretärs bewundert. In diesem Falle aber scheint mir seine Art und Weise mehr auf eine Rechthaberei, ein Festhalten um jeden Preis hinauszulaufen. Der Inbegriff aller menschlichen Weisheit sind die Herren denn doch schließlich auch gerade nicht! Der Staatssekretär sagte, daß wir ihm mit unseren Ausführungen nicht imponirt hätten. Sein Kleinliches, jähres Festhalten imponirt mir auch nicht. Stellt sich später heraus, daß der Selbstschutz der Leitungen doch möglich ist, dann werden wir gegen den Herrn Staatssekretär kein Mittel haben, ihn dazu zu zwingen, später einen derartigen Paragraphen in das Gesetz aufzunehmen. Uebrigens kann sich auch einmal die Sache umkehren, die Telegraphenverwaltung kann Starkstromleitungen und die Privatindustrie Schwachstromleitungen anlegen, welche von den staatlichen Starkstromleitungen gestört werden. Alle diese Gründe bewegen uns, obwohl wir Vorkämpfer des Regals sind, hier, wo eine Beeinträchtigung des öffentlichen Interesses nicht in Frage kommt, aber die großen Interessen einer aufstrebenden und ausgedehnten Industrie in Frage stehen, für diejenigen Anträge zu stimmen, welche der Privatindustrie den weitgehendsten Schutz gewähren; in erster Linie stimmen wir für den Antrag v. Bar.

Staatssekretär von Stephan: Den Kommissionsantrag habe ich nicht für unannehmbar erklärt, ich kann nicht mit ihm ebenso wie mit dem Antrag Böttker einverstanden erklären.

Nachdem noch Abg. v. Bar daraus hingewiesen, daß in der Schweiz der Selbstschutz mit größtem Erfolge durchgeführt worden ist, wird die Debatte geschlossen.

Der Antrag v. Strombeck wird zurückgezogen. Die Abstimmung erfolgt zunächst über den Antrag Lieber-Spahn, welcher verlangt, daß die Telegraphenanlagen möglichst so eingerichtet sind, daß sie weder von anderen elektrischen Anlagen störend beeinflusst werden, noch andere störend beeinflussen können. Für den Antrag stimmen 82, gegen denselben 89 Mitglieder. Da nur 171 Mitglieder statt der beschlußfähigen Mindestzahl von 199 Mitgliedern anwesend sind, muß die Sitzung abgebrochen werden.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Marine-Stat.)

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 26. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Berlepsch und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die Verabredung des Etats der Verwaltung für Handel und Gewerbe.

Die Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt.

Beim ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers, wiederholt.

Abg. Goldschmidt (Hr.) seine Beschränkung darüber, daß der Gastwirths-Jahrung die Vorrechte des § 100 o der Gewerbeordnung zu Theil geworden sind, trotzdem dieselbe nur die Minderzahl der 4000 Berliner Gastwirthe umfaßt. Der Minister meinte, es lämen nur diejenigen Gastwirthe in Betracht, welche mehrere Gehilfen beschäftigen. Das sind aber immer noch 715 außerhalb der Jahrung stehende Gastwirthe, während die Jahrung nur 311 Mitglieder zählt. Was leistet die Jahrung? Sie hat eine Herberge eingerichtet, wofür 2400 M. ausgegeben sind, während nur 20 Mann die Herberge benutzen haben! Die Jahrung hat 1891 450 Stellen vermittelt, das Bureau der Freien Vereinigung dagegen über 9000 Stellen. Allerdings gehören die Inhaber der größten Restaurants: Müller, Dressel, Uhl u. s. w. der Jahrung an, aber sie sind kaum jemals in den Jahrungssammlungen gewesen. Redner bittet den Minister, den Wünschen der Gastwirthe gerecht zu werden.

Minister v. Berlepsch: Ich nehme in dieser Frage ebenso wie der Vorredner denselben Standpunkt ein wie im vorigen Jahre. Da Aenderungen in den Thatsachen nicht eingetreten sind, kann ich meine erst vor kurzen getroffenen Anordnungen nicht zurücknehmen. Die Zahlen, welche der Vorredner mitgetheilt hat, sind von dem Gastwirthsvereine mir nicht angegeben worden. Ich werde die Verhältnisse weiter verfolgen und ergehen sich wirklich wesentliche Mißstände, so würde ich nicht

Anstand nehmen, die getroffenen Anordnungen wieder zu befestigen.

Abg. Lohren: Ich möchte den Minister fragen, wie er sich zur Handwerkerfrage, speziell zur Einführung des Befähigungsnachweises stellt. Die Beschlüsse des Reichstages sind von der Regierung nicht berücksichtigt worden. Die Einführung der Gewerbefreiheit hat alles umgekehrt. Das Kapital, die Großindustrie saugt das Kleinhandwerk auf. Die Handwerker werden immer mehr zu Lohnarbeitern der großen Magazine, ihre Lage wird eine schlechtere als die ihrer Gesellen und Gehilfen. Diese Leute begreifen es sehr leicht, wenn der Sattler Auer und der Drechslermeister Babel ihnen erklären, daß ihre Lage nur durch eine umstürzende Maßregel gebessert werden könne. Deshalb ist es zu beklagen, daß die hochgestellten Beamten erklären, die alte Gewerbeordnung werde nicht wiederleben; wenn sie damit nicht zufrieden seien, möchten sie sich zur Sozialdemokratie wenden.

Minister von Verlepsch: Welche definitive Stellung ich einnehmen will, kann ich noch nicht sagen. Es wird sich fragen, ob das Staatsministerium meine Auffassung theilt und danach seine Anträge an den Bundesrath einrichtet. Im übrigen halte ich es für durchaus richtig, daß die Reichsregierung eine definitive Antwort gegeben hat über den Befähigungsnachweis, während die Handwerker bis jetzt hingehalten worden sind. Das Handwerk wird sich nun überlegen müssen, ob es nicht noch andere Mittel der Befähigung gibt, um dem Handwerk zu helfen. Wenn der Befähigungsnachweis helfen würde, würde ich mich für denselben erklären, selbst auf die Gefahr hin, dem konsumierenden Publikum eine Unbequemlichkeit aufzuerlegen. Aber ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Befähigungsnachweis nicht nur nicht helfen, sondern auf das Empfindlichste schaden wird. Den Beweis dafür liefert Oesterreich. Was das Handwerk braucht, ist ein Zusammenschließen zu Genossenschaften, zum gemeinsamen Bezug von Rohmaterialien und zum gemeinsamen Verkauf u. s. w. Ich muß es bedauern, daß die Genossenschaftsbildung verachtet worden ist. Das zweite ist die bessere technische Ausbildung unseres Handwerks. Es hat an vielen Stellen seine Aufgabe nicht richtig aufgefaßt und es ist zu bedauern, daß die Staatsregierung bisher dafür nicht die nöthigen Mittel herbeibringen konnte. Ich werde darauf mein eifrigstes Bemühen richten. Alle einfachen Fabrikate, welche durch Maschinen hergestellt werden, sind für die Handwerker verloren. Das Handwerk muß sich auf die Qualitäten legen und in allen Zweigen zum Kunsthandwerk werden. Von großen Volksschichten werden auch noch bessere Waaren verlangt. Es müssen Lehrwerkstätten eingerichtet werden, wo sich die Handwerker ausbilden können. Die technische Ausbildung muß beim Lehrling anfangen. Die Gesetzgebung wird die Ausbildung des Lehrlings besser ausgestalten müssen. Wenn das alles geschieht, werden wir uns mit den Handwerkern einigen können.

Abg. Alexander Meyer: Es ist meine Lieblingsbeschäftigung, ungerecht angegriffene Minister zu verteidigen. (Große Heiterkeit.) Ich denke, wir warten, bis die angeländigte Bewegung der Handwerker wirklich da ist. In dem, was die Handwerker auf der letzten Versammlung gesagt haben, kann ich nichts Impulsantes erkennen; das einzige Geistreiche war, daß einer der Herren den Herrn von Kottenburg irrtümlich Kottensburg nannte. (Heiterkeit.) Die Handwerker, welche den ästhetischen Standpunkt nicht theilen, agitieren nicht, sie arbeiten lieber ordentlich, während die Künstler schlechte Arbeiten liefern, so daß trotz der zehnjährigen Garantie das Gold abblättert. Uebrigens gehört diese ganze Frage in den Reichstag. Eine Verwirrung ist es, daß man begonnen hat, Gastwirths-Innungen zu gründen. Ist denn ein Gastwirth ein Handwerker? Hoffentlich informiert sich der Minister über diese Frage. Die Jahren, welche Herr Goldschmidt mitgetheilt hat, sind durch die Gewerbe-Deputationen des Magistrats gewonnen worden. Bei den meisten Innungen verhält sich das Geld, welches für Bildungszwecke ausgegeben wird, zu dem, was für Schmausereien ausgegeben wird, wie in Galtaffs Rechnungen die Ausgabe für das Brot zu der für Sekt. (Heiterkeit.)

Abg. Lucius-Erfurt (rtl.): Ich weiß darauf hin, daß die Vertreter Nordamerikas an die Reichstags-Abgeordneten Proben von Brot, welches aus einer Mischung von Roggen und Mais bestand, gefandt haben. Eine ähnliche Klage sei wohl von deutschen Vertretern nicht gemacht worden; es ist wohl noch keinem Parlamentenmitglied in Washington eine deutsche wolleute Zude angeboten worden. Redner geht dann auf den Abschluß der Handelsverträge ein, deren Bedeutung im Reichstage nicht genügend gewürdigt worden sei. Gut wäre es, wenn für die Vorbereitung von Handelsverträgen Beamte mit besonderer Vorbildung in wirtschaftlichen Dingen verwendet würden.

Minister v. Verlepsch: Der Herrredner scheint der Meinung zu sein, daß keine hinreichende Zahlung des Ministeriums mit dem gewerbetreibenden Kreise vorhanden wäre. Bereits seit 1867 liegen die Gutachten des deutschen Handelstages über den Abschluß von Handelsverträgen vor; die Gutachten sind verwohltständig worden. Als die Verhandlungen begannen, habe ich etwa 25 Herren, meistens Vorsitzende der großen gewerblichen Vereine, berufen. Es haben nachher noch unausgesehrt Korrespondenzen mit einzelnen Firmen und Handelskammern und persönliche Konferenzen stattgefunden. Mein Kommissarius wurde angewiesen, direkt mit den ihm bekannten Vertretern der Industrie in Verbindung zu treten. Ich wüßte wirklich nicht, welcher andere Weg noch beschritten werden sollte, um der Regierung Aufklärung zu geben. Das Urtheil der Handelskammern ist durchaus nicht immer das, was wir brauchen können. Wenn diese haben oft widerstrebende Interessen zu vertreten. Nicht bloß bei Tariffragen werden die Handelskammern befragt; es vergeht kein Tag, wo nicht irgend eine Frage erörtert wird. Ob man nicht den jüngeren Beamten Gelegenheit geben sollte, sich mit den industriellen Verhältnissen bekannt zu machen, habe ich mir auch schon überlegt. Wie das geschehen könnte, darüber will ich mich heute nicht aussprechen. Vertreter unserer Industrie im Auslande haben wir in den Konsulen, deren Berichte von allen Seiten als gut anerkannt werden.

Abg. Goldschmidt (dfr.): Herr Lucius hat davon gesprochen, daß „gerissene Unterhändler“ ausgebildet werden sollen; es ist bedauerlich, daß er nicht angeführt hat, wie die Fachschule für gerissene Unterhändler aussehen soll. Mit den Ausführungen des Ministers über die Handwerkerfrage bin ich einverstanden, um so mehr bedauere ich, daß wir uns über die Frage der Berliner Gastwirthsbinnung nicht einigen können. Ich habe den Polizeipräsidenten von Berlin ausdrücklich gebeten, dem Minister das Material über diese Innung zur Verfügung zu stellen.

Abg. Piesch (Zentr.): Ich führe aus, daß es mit der Bildung, mit dem Unterricht nicht abgemacht sei; dem Handwerk fehlt das Kapital, um der Großindustrie Konkurrenz zu machen. Warum habe man dem Handel die Handelskammern als Vertretung gegeben, dem Handwerk enthalte man eine solche Vertretung vor? Kunst-Handwerker können die meisten Handwerker nicht werden. Bezüglich der Handelsverträge erklärt Redner, daß der Abschluß derselben die verdienstvollste That der Regierung gewesen sei, wenn auch zu bedauern sei, daß die Landwirtschaft die Hauptkosten zu tragen habe. Was die Berliner Gastwirths betrafte, so sei es bedauerlich, daß sie einen freien Verein gegründet haben, statt den Weg zu beschreiten, den ihnen das Gesetz vorschreibt.

Minister von Verlepsch: Ich will meine trübere Rede dahin ergänzen, daß ich erkläre, ich halte die Bildung von Handwerkerkammern für notwendig. Die Vorbereitungen dazu sind schon im Gange. Ich verstehe darunter eine nur für Handwerker, nicht für Kommerzienräthe bestimmte Vertretung. Man muß diesen Handwerkerkammern aber auch weitergehende Aufgaben stellen, insbesondere die Beaufsichtigung des Lehrlingswesens zc.

Abg. Wuermering (Zentr.): Wenn der Minister den Handwerkern den Befähigungsnachweis nicht geben will, so erscheinen seine anderen Mittel doch auch nicht ausreichend. Der Uebergang zum Kunsthandwerk ist nur wenigen

Handwerkern möglich; der Uebergang zur Genossenschaftsbildung kann auch den Befähigungsnachweis nicht ersetzen. Redner bespricht dann die empfindliche Konkurrenz, welche der deutsche Offizierverein und das Baarenhaus für Beamte den Handwerkern und dem Kleinhandel macht. Die Regierung solle sich diesen Unternehmungen gegenüber mindestens neutral verhalten.

Minister von Verlepsch: Es entspricht einem ausdrücklichen Beschluß des Staatsministeriums, diesen Vereinen gegenüber eine völlig neutrale Haltung einzunehmen und diese Vereine durchaus nicht zu fördern. In mehreren Fällen, wo die Behörden für die Vereine eingetreten sind, hat sich das Handelsministerium dagegen ausgesprochen und die betreffenden Behörden haben die hervorgetretenen Mißstände abgestellt.

Abg. Oberst (dfr.): Ebenso wie die Produzenten sich zur Wahrung ihrer Interessen vereinigen, müssen auch die Konsumenten das Recht der Vereinigung haben. In den Innungsversammlungen ist nur eine kleine, aber sehr thätige Minderheit vertreten, welche immer behauptet, „das Handwerk“ im allgemeinen zu vertreten. Auf den Innungstagen wird behauptet, Fürst Bismarck habe für die Handwerker nichts gethan. (Zuruf des Abg. Meyer: Sehr richtig!) Fast jeder Band der Reichsgesetzgebung von 1881 an enthält ein Gesetz für die Handwerker. Wenn das alles nichts bedeutet und keinen Erfolg gehabt hat, dann muß man es mit der Gesetzgebung doch wohl falsch angefaßt haben. Die Ausbildung des Genossenschaftswesens ist selbstverständlich. Daran muß sich schließen die bessere technische Ausbildung der Handwerker, welche eigentlich der Kernpunkt der ganzen Handwerkerfrage ist. Für die bessere Ausbildung solle der Staat sorgen und auch die Gemeinden. Den schlechtesten Webern hilft man freilich nur, wenn man ihnen den Uebergang zu einem anderen Erwerbzweige erleichtert; das Kleid wird nur verschlammert, wenn man sie durch Beihilfen bei der Handweberei erhält.

Abg. Meyer (Zentr.): Wenn die Handwerker von der Großindustrie aufgefangen werden müssen, wie kommen wir dann noch dazu Lehrlinge zu züchten, die niemals selbständig werden, die in die Dienste des Geldsacks treten müssen? Die Innungen sind die beste Organisation, besser als alle künstlich gebildeten Genossenschaften. Wenn der Staat das Lehrlingswesen in die Hand nimmt, dann wird er auch dafür sorgen müssen, daß nur der ein Handwerker ausbildet, der es erlernt hat, nicht aber derjenige, der Geld hat, einen Laden aufzumachen und den gelerntem Handwerker todt zu machen.

Minister von Verlepsch: Die Gewerbe-Ordnung gestattet den Innungen genossenschaftliche Unternehmungen, aber sie haben davon absolut keinen Gebrauch gemacht; sie sollten sich hier von den kleinen Landwirthen belehren lassen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Lohren (l.): In der Form hat weder Herr v. Wöttcher noch heute der Handelsminister kurz und schroff gesprochen, sondern sehr milde, aber nicht desto weniger hat er die Forderungen der Handwerker rundweg abgelehnt. Die Handwerkerkammern scheinen dem Minister sehr ans Herz gewachsen zu sein, aber sie werden wahrscheinlich die neugeschaffenen Innungsverbände zerstören. Dann würde ich dagegen stimmen müssen. In den Lehrwerkstätten müssen doch geprüfte Männer die Leitung übernehmen; warum sollen die anderen Lehrmeister nicht auch eine Prüfung durchmachen? In die Fachschulen können die Armen nicht gehen, dahin geht nur der Sohn des Kapitalisten. Alles, was die Regierung vorschlägt, führt nur den Kapitalismus. Hätte man die Gewerbefreiheit nicht eingeführt 1867—1869, wo die Großindustrie sich schon entwickelt hatte, so hätte man die Gefahr vermieden, daß Deutschland die Vormauer für die Sozialdemokratie geworden ist. Die Ausbildung der Elektrotechnik könnte dem Handwerk zu Gute kommen, wenn es fest organisiert wäre.

Abg. von Zentgraf (l.): Die konservative Partei hält nach wie vor den Befähigungsnachweis für ein notwendiges Mittel, damit das Handwerk den Kampf gegen die Großindustrie bestehen kann. Die genossenschaftliche Ausbildung ist sehr wünschenswerth; aber es fehlt dem Handwerk an dem nöthigen Kapital.

Abg. Wuermering (konf.): Der Handwerker sollte die Regierung überzeugen, daß die Bewegung des Handwerkerlandes ernsthafter zu nehmen ist, als sie bisher genommen wird. Die zahlreichen Novellen zur Gewerbeordnung beweisen nur, daß dieselbe vollständig unbrauchbar war. (Sehr richtig! rechts.) Die manchesterliche Theorie des „Hilf Dir selber“ führt nur dahin, daß die Schwachen durch das Großkapital ausgebeutet werden. Wir halten die Gewährung des Befähigungsnachweises für die größte Nothwendigkeit.

Die Innungen sind die besten Korporationen, man muß sie nur mit mehr Privilegien ausstatten, namentlich auch damit, daß sie die Prüfungen abnehmen.

Abg. Meyer-Berlin: Die manchesterlichen Ideen sollen bei Jena schon zu Grunde gegangen sein, umgekehrt ist mir immer gesagt worden, daß aus der Niederlage die manchesterlichen Ideen den Staat wieder aufgehoben haben.

Abg. v. Puttkamer-Plautz (konf.): Trotz der ablehnenden Haltung der Regierung werden wir die Interessen des Handwerkerstandes immer weiter vertreten. Wo sollen denn die Leute herkommen, die auf dem platten Lande dem einfachen Handwerker Kunstwerke ablaufen? Wenn der Befähigungsnachweis eingeführt wird, wird man vielleicht etwas theurer kaufen, aber auch besser. Denn die Fabriken liefern jetzt nur billige Schundwaare. Das Manchestertum hat sich bankrott erwiesen, deshalb haben sich vernünftige Leute davon abgewendet. Wir werden uns an Experimenten, die keine Aussicht haben, nicht beteiligen, sondern nur das vertreten, was die Handwerker selbst als notwendig bezeichnet haben.

Abg. Meyer: Die Innung hat nicht solchen Kredit, wie die Landwirthe, deren Grundbesitz dafür eine Unterlage bildet. Eine Innung würde nur dann kreditfähig sein, wenn sie auf Zwang beruhte.

Abg. Dürre (natl.): Wenn wir uns überzeugen könnten, daß das Innungswesen von irgend einem Vortheil wäre, würden wir nicht einen Augenblick zögern, dafür einzutreten. Das Handwerk zum Kunsthandwerk auszubilden, werden auch wir bestrebt sein, aber nicht dazu, alte verrottete Institutionen wieder zu beleben.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird das Gehalt des Ministers und die übrigen Besoldungen für das Ministerium bewilligt.

Das Kapitel: Handels- und Gewerbeverwaltung wird ohne Debatte genehmigt.

Beim Kapitel: Gewerbe-Unterrichtswesen, Titel 1: Navigationschulden, tritt

Abg. Jürgensen (natl.) für die Verbesserung der Gehälter der Lehrer an diesen Schulen ein, welches für einen vierzigjährigen Mann mit 2700—3300 M. zu niedrig bemessen sei. Die Regierung möge noch in diesem Jahre einen Nachtragetat zur Erhöhung dieser Besoldungen einbringen.

Minister v. Verlepsch: Das Wünschenswerthe dieser Erhöhung erkenne ich an, aber einen Nachtragetat kann ich nicht allein bringen. Ich hoffe, daß die Erhöhung aller Lehrergehälter demnächst erfolgt.

Darauf wird die weitere Verathung abgebrochen. Schluß gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Etat des Handelsministeriums; zweite Verathung des Polizeikosten-Gesetzes.)

Tokales:

Ueber die Straßensummeln des gestrigen Abends gingen und von unseiner Berichtshatter folgende Schilderungen zu: Ein revolutionäres Gefäß machte Berlin gestern Abend bestimmt nicht. Gegen 8 Uhr, als wir die Friedrichstraße passirten, hatte

diese größte Verlecher der Reichshauptstadt ihre gewöhnliche Physiognomie. Pläneus in weiten Hosen und spitzen Schnabelschuhen lolettirten mit den niedrigen Ladenmädchen, die in die Vorstädte eilten, die Läden, in deren Auslagen die verlockendsten Sachen zur Schau gestellt waren, erstrahlten in elektrischem Licht — nicht einmal Herr Hippolit Wehles hatte seinen Laden geschlossen, so daß jedem Selbstmörder auch gestern Abend der Weg ins bessere Jenstein offen stand.

Unter den Linden trafe ich Ruhe. Dasselbe Publikum, wie an jedem anderen Abend, Frauen an dem Arme ihrer Gatten, etwas neugierig, Jeder verwundert, daß nichts mehr zu sehen war. Auf dem Mittelwege hielten Schuhmannsbedienten, die kolossalen Gestalten leblos auf ihren riesigen Pferden. Auf dem weiten Opernplatz patrouillirten zwei Schimmel, die Passanten betrachteten dieselben mit wohlwollendem Interesse: dieses Publikum macht keine Revolution. Das erste kriegerische Bild bot sich am Dome. Unterhalb Duzend abgegriffene veritene Schulleute, die ihre Pferde am Jügel hielten, fanden lautlos in einer der gespenstigen Ecken des alten Gebäudes, daneben wozig Fußschulleute. Das Publikum achtete kaum auf diese Vorbereitungen, — zwei Arbeiter, die wir anredeten, zuckten die Achseln und lachten.

Wir nahmen einen Omnibus nach dem Schönhauser Thor, um die Dinge, die da kommen sollten, aus der Vogelperspektive betrachten zu können. Am Neuen Markt, an der Spandauer Brücke absolute Ruhe, kein Mensch mehr auf den Straßen, wie an jedem anderen Abend auch. Auf dem Perron des Hackeschen Marktes hatten sich ungefähr hundert Personen angeammelt, die neugierig in die Rosenthalerstraße hinabschauten. Aha — das Geschäft von Löser u. Wolff an der Ecke war geschlossen: sie wollten keine Revolutions-Zigarren verkaufen.

In der Rosenthalerstraße steht hochauferichtet ein etwas dürrer Polizeileutnant mit einem Pincenez, der seine elegante Klinge im Lampenlicht funkeln läßt, er kommandirt sechs bis acht Schulleute, die mit gezogenen Säbeln die Straße patroillirten. In der ersten Etage liegt die Aristokratie der Rosenthalerstraße, begierig, das blutige Drama zu sehen, welches sich vor ihren Augen abspielen wird. Auf der Straße stehen verwunderte Kommiss, in den Hausthüren erschreckte Dienstmädchen in weißen Schürzen, die untereinander lichern und sich freuen.

Die Nebenstraßen sind leer und öde, am Schönhauser Thor keine Idee von Erregung. Die lange Avenue der Lothringersstraße, in die wir eindiegen, ist ausgestorben, Arbeiterfrauen, die einen Einkauf besorgt haben, eilen schnell ihrem Heim zu. Am Rosenthaler Thor ist etwas Leben. An einer Droschkendankstelle bewegt sich ein blonder berittener Schuhmannsbedienter, der erregt von seinem Pferde auf einige Passanten einspricht. Ein Straßengericht erregt seinen Unwillen, der Herr Wachtmeister sprengt auf das Trottoir, um den Bengel zu ergreifen, dieser eilt um eine Litschpöle — der Schuhmann zu Pferde hinterher. Die Jagd ist natürlich erfolglos. Ein älterer Arbeiter, der einen Stelzfuß hat, wird beinahe umgeritten, er protestirt gegen eine derartige Behandlung, er läme ruhig von der Arbeit und thue seinem Menschen etwas — aber wenn man so traktirt wird ... Passanten beruhigen ihn; er zieht seines Weges weiter.

Der schneidige Offizier am Hackeschen Markt hat bei unserer Rückkehr seine Thätigkeit bereits eingestellt. Die Straßen am Bahnhof Börse sind ruhig wie immer, am Dom sind die Schulleute aufgelesen. Der große Plah vor dem Schloß zeigt jetzt einige Bewegung. An der nordwestlichen Ecke des Schloßes ist ein wahrscheinlich etwas nervöser Polizeioffizier mit einer Anzahl Schulleute postirt. Einzelne Veritene patroillirten im Schritt über den Plah. Auf der Schloßfreiheit hat sich unter die Passanten eine Anzahl von halbwüchsigen Jungen gemischt, die es darauf abgesehen haben, die Polizisten durch Pfeifen zu ärgern. Der Leutnant scheint das Pfeifen nicht vertragen zu können, er eilt mit gezogenem Säbel, wenn wir nicht sehr irren, einem Konditorjungen nach, der aber außerordentlich lauffast kann und verschwindet. Veritene Schulleute traben hinterdrein, es wird gejohlt und gepfeifen. Als wir das Restaurant von Helms erreicht hatten, wo hinter den blanken Scheiben elegante Damen mit ihren Herren saßen, um das Schachspiel zu genießen, schien die Geduld des ungeduldigen Herrn Leutenants erschöpft zu sein — die Polizei machte auf die wenigen Passanten mit gezogenen Säbeln eine Attaque und zwar mit einer Energie, die bei Erregung von Verbrechern sehr angebracht sein mag. Wachtmeister und Schulleute hieben mit den flachen Klängen ein, und wehe dem, der zufällig um die Ecke des Schloßes diesen anstürmenden Schulleuten in die Hände lief, — wir waren sehr froh, als wir unangefastet und nicht verbeult eine ruhige Straße erreicht hatten, von wo wir ohne weitere Fahrnisse ruhig nach Hause gelangen konnten.

Alles in Allem genommen trug der gestrige Abend kein politisches Gepräge, es wäre wohl auch weniger zu Erzeffen gekommen, wenn die Polizei weniger schneidig in die Erscheinung getreten wäre. Andererseits aber wollen wir auch nicht verschweigen, daß wir den Unmuth der Beamten sehr wohl begreifen, die während des Tages so oft einer johlenden Menge ausgekehrt waren. Nöthig war es darum freilich noch lange nicht, daß der Säbel bei jeder Gelegenheit gebraucht wurde.

Eine Wiederholung der bedauerlichen Szenen, wie sie sich am Donnerstag leider abgespielt haben, schien gestern vielfach befürchtet worden zu sein, vornehmlich aber im Stadttheile Osten. Besonders ängstliche Gemüther hatten ihre Ladengeschäfte, mindestens aber die Schaufenster, schon um 6 Uhr Nachmittags hermetisch verschlossen und diesem Beispiele folgten sehr bald eine große Anzahl Ladeninhaber nach. Obgleich der Verkehr in den vollreichen Straßen des Ostens nicht stärker als gewöhnlich stuhete, hatte sich doch augenscheinlich eine starke Erregung der Bevölkerung bemächtigt. Vor den Geschäftslokalen, vor den Hausthüren standen Gruppen, welche die Vorgänge vom vorhergehenden Tage lebhaft diskutirten und die Frage erörterten, „ob sie heute Abend wieder kommen würden?“ Gar viele der Straßenspassanten sahen sich unwillkürlich veranlaßt, stehen zu bleiben, durch den Anblick eines starken Aufgebotes von Polizeimannschaften zu Fuß und zu Pferde, welche mit blankgezogenem Seitengewehr besonders den Zell von Andreasplatz an die Andreasstraße, die Franzfurter Linden bis zum Straußberger Plah besetzt hielten. So mancher Neugierige wollte sehen, ob „etwas los“ sei und merkwürdiger Weise war gerade auf diesem durch die Polizei besetzten Straßentheile etwas los, indem durch das Vorgeben der Polizei gegen das Straßenpublikum mit der Zeit immer mehr Personen angelockt und festgehalten wurden. Ein großes Kontingent der Zuschauer des sich abspielenden Schauspieles stellte die liebe Straßensjugend, welche ihrem Vergnügen über die „Hag“, sobald Einer, der sich „versammelt“ hatte, von der Polizei auseinandergetrieben wurde, oder ein Anderer, der nicht im Lauschnitte sich fortbewegte, am eigenen Leibe verspüren mußte, daß „der Säbel haut“, durch das bekannte Pfeifen und Zehlen einen sehr vernehmlichen Ausdruck verlieh. Für den Unbetheiligten machten die Verfolgungen, die hier in Scene gespielt wurden, einen nicht weniger als ernsten aber auch keinen angenehmen Eindruck, und die Schulleute forderten oft genug die Entrüstung harmloser Passanten heraus, welche mit ihrer Häßlichkeit oder gar ihrem Säbel unangenehme Bekanntschaft machten. Die Nebenstraßen, welche ziemlich frei von Polizei waren, zeigten völlige Ruhe und wir können uns der Ansicht nicht verschließen, daß dies auch in dem vorgenannten Straßentheile der Fall gewesen wäre, wenn auch hier mit der Polizei etwas gefpart worden wäre. In ernsthaften Zusammenstößen kam es in keinem Falle und wurden Verhaftungen auch nur sehr vereinzelt vorgenommen. Von einem „Krawall“ war absolut keine Rede.

Parteinachrichten.

Aus der sozialdemokratischen Presse.

„Münchener Post“ zur Kennzeichnung unserer Gegner: „Ueber Alles zu urtheilen und nicht zu verstehen, das ist heutzutage modern, und je bestimmter, je frecher Einer auftritt, desto mehr glaubt man ihm. Das der Schaden solcher Thuns nicht ausbleibt, ist selbstverständlich. Niemand anders aber zeigt sich derselbe so gefährlich und rachegeierig, als bei der Beurteilung der sozialen Frage, der Sozialdemokratie. Wie viele unserer Gegner mögen unsere Bewegung verstehen? Alle sprechen sie darüber, Alle beurtheilen sie von oben herab absprechend und verwerfend. Wenige nur, sehr Wenige folgen unserer Bewegung mit der Aufmerksamkeit, mit welcher wir unserem Gegner folgen. Man gebe in die großen Cafés, in die Lesesäle der Bourgeoisie und frage nach sozialistischen Blättern; der Frager muß froh sein, wenn er nicht hinauskomplimentirt wird. Man verfolgt unsere Bewegung nur aus der gegnerischen Presse, obgleich sich der einigermaßen selbständige Denker von vornherein sagen könnte, daß die gegnerische Presse nicht unparteiisch sein kann. Daß unsere Gegner solche Fehler machen, unserer Bewegung nicht folgen, das ist für uns kein Schaden, rächt sich immer nur an ihnen selbst. Also, wir haben gar keinen Grund, uns über die Thatsache als solche aufzuballen; uns liegt es daran, unsere Gegner in der Beleuchtung dieser Thatsache besser kennen zu lernen. Woher kommt diese Thatsache? Warum wollen unsere Gegner von der sozialdemokratischen Bewegung nichts wissen? Sind sie nicht fähig, sie zu verstehen? Das wollen wir nicht einmal annehmen. Ein halbwegs leidlicher Versuch kann sie begreifen. Nein, der Grund liegt tiefer; das Gefühl: „Ich bin mehr, wie so ein Arbeiter,“ das Progenhafte, welches dem Kapitalismus und seinen Lieblingen eigenthümlich ist, das Selbstgefühl, das aus dem Besitz entsteht, wegen den Angehörigen der Bourgeoisie in den Wohn, daß er auf die kleinen Geister der Arbeiter, falls er ihnen überhaupt noch Geist zugestieht, auf ihre Wünsche und Bestrebungen keine Rücksicht zu nehmen hat. Er will sie nicht verstehen, er verachtet sich gegen ihr Verständnis und schließlich kann er sie nicht mehr verstehen. Wenn Bourgeoisie und Regierung diese Taktik weiter verfolgen im Kampfe gegen uns, wenn Männer wie Stumm waghändig sind, trotz dem Unverständnis, daß sie unseren Bestrebungen gegenüber bekunden, so arbeiten nicht wir, sondern sie, unsere Gegner, auf unüberbrückbare Gegensätze hin, wo eine Verständigung nicht mehr möglich ist. Der vornehmste Abschluß uns, unserer Literatur, unserer Presse gegenüber, so stolz er sich auch anschaut, er führt unsere Gegner in immer weitere Perzentrückung, in ihren kulturfeindlichen Zielen, in ihrer Annäherung dem Arbeiter gegenüber. Sie mögen thun, was sie nicht lassen können; wir leiden in ihrer Verachtung nichts; wie ihnen ihr Hochmuth bekommt, wollen wir abwarten.“

Mitten in der Halde bei Vegehof, in Verläßmoor, wo noch nie eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten worden, sondern am Sonntag eine solche statt. Die Vegehofer Genossen hatten dieselbe arrangirt. Von der Bahnstation Eldenbüttel ab mußten sie, zwölf Mann an der Zahl, und Genosse Sterzl von Bremen, der das Referat übernommen hatte, fast zwei Stunden über Berg und Thal auf Fuß- und schlechten Landwegen, auf Moor- und Lehmgrund marschiren, bevor das Versammlungsthal erreicht war. Alt und Jung hatte sich hier zahlreich eingefunden, um zu hören, was die Sozialdemokraten wollten. Auf umgekippte Stühle hatte man Bretter gelegt und so durch Sitzplätze ein Biered gebildet, in dessen Mitte in echt niederländischer Art ein durch Torf und Holz unterhaltenes Feuer, über dem der Kaffeekeffel hing, brannte. Die älteren Dorfgemeinden hatten um das Feuer herum Platz genommen und zum Theil ihre Holzschuhe ausgezogen, um ihre Füße besser am Feuer wärmen zu können. Um die Mitte gruppirt sich das junge Volk von Verläßmoor. Nachmittags 2 Uhr eröffnete Genosse Duttge in echt honnoreschem Platte die Versammlung. Das Bureau war bald gebildet und der Referent konnte nun seinen Vortrag beginnen; doch kaum mochte der Redner 25 Minuten gesprochen haben, als plötzlich ein Gendarm auf der Bildfläche erschien und die Versammlungs-Anmeldebefehlsung forderte; als diese nicht vorgelegt werden konnte, weil der Amtmann von Scharnbeck dem Amelider keine Bescheinigung zugestellt hatte, löste der Gendarm die Versammlung auf. Die Versammlungsaufhebung hat aber nur unsere Sache gefördert. Am 12. März findet abermals in Verläßmoor eine Versammlung statt, hinsichtlich welcher schon Sorge getragen werden wird, daß diesmal der Herr Amtmann eine Bescheinigung hergibt.

In Königstein (Sachsen) wurde ein allgemeiner Arbeiterverein gegründet; in Hofheim (Hessen) ein sozialdemokratischer Wahlverein.

In Sagan fand dieser Tage eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Stolpe-Grünberg unter oftmals stürmischen Beifall über das Thema referirte: „Die Lage der arbeitenden Massen und die Sozialdemokratie.“ Die Versammlung erklärte sich mit den sozialdemokratischen Grundsätzen voll und ganz einverstanden und verurtheilte den Entwurf des Volkschul-Gesetzes mit denselben Argumenten, wie sie in den bereits bekannten Resolutionen der Sozialdemokratie anderer Orte zum Ausdruck gekommen sind.

Totenliste der Partei. In München starb am 22. Februar der Weißgerber Wilhelm Spanneberg an der Influenza.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Laura wollte vorigen Sonntag der Redakteur Walter May vom Chemnitz-„Beobachter“ über den Militarismus und die Sozialdemokratie in einer Volksversammlung referiren. Die Reichliche Amtshauptmannschaft verbot die Versammlung auf Grund von § 5 des sächsischen Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht, weil es „auf der Hand läge“, daß eine solche Persönlichkeit wie Walter May, die angezeigte Versammlung dazu benutzen wird, Gesetzesübertretungen oder unsittliche Handlungen, welche z. B. in groben Schmähungen gegen die christliche Kirche zu erblicken sein würden, zu begehen, dazu aufzufordern oder dazu geneigt zu machen.“ Die Behörde sei deshalb nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, eine Versammlung zu untersagen, in welcher der „genannte May“ als Referent auftreten soll. Und was hat dieser fürchterliche May begangen? Der genannte Walter May befindet sich wegen mittels der Presse verübten Vergehens gegen § 110 des Straf-Gesetzbuchs — Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze u. s. w. —, sowie gegen § 166 des Straf-Gesetzbuchs — Gotteslästerung und Beschimpfung der christlichen Kirche — in Untersuchung und ist neuerdings des Vergehens gegen § 130 des Straf-Gesetzbuchs — öffentlichen Anzeigen der Bevölkerungsklassen — dringend verdächtig.

Also schon die Untersuchung und das dringend verdächtig sein soll nach Ansicht der Reichlichen Amtshaupt-

mannschaft genügen, um einem Deutschen die Ausübung des Versammlungsrechts zu verwehren. Was bleibt denn dann in Sachen vom Versammlungsrecht noch übrig?

Der Redakteur O. Zielowski vom Offenburger „Volksfreund“ wurde wegen Beleidigung des ehemaligen Studenten der Theologie Karl Scheifele in Straßburg, vom dortigen Landgericht zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt. Er hatte den Studiosen skandalöser Exzesse, die derselbe während seiner Studienzeit in Heidelberg wiederholt auf der Straße begangen habe, bezichtigt. Das Schöffengericht hatte seinerzeit gegen Zielowski auf nur 3 M. Strafe erkannt und in der Begründung des Urtheils folgendes gesagt:

„Nach dem Ergebnisse der Beweiserhebung, insbesondere auf Grund der Aussagen der in Heidelberg kommissarisch vernommenen Zeugen hat sich das Schöffengericht von der Wahrheit der behaupteten Thatsachen überzeugt. Durch die Aussagen mehrerer der vernommenen Zeugen ist erwiesen, daß der Privatkläger am 25. März, Abends, vor dem Hause Straße 83 großen Skandal erregte und einen Menschenanlaß verursachte, indem er in der gemeinsten Weise gegen das Haus schimpfte. Ebenso wird durch die Aussagen mehrerer Zeugen bestätigt, daß der Privatkläger eines Abends in stark betrunkenem Zustande vor dem Hause schimpfte und mit seinem Steine an das Thor und an die Läden schlug, welcher Skandal nach Aussage des Zeugen Sch. von halb 10 Uhr an mit Unterbrechung von etwa einer halben Stunde bis gegen Mitternacht gedauert hat. Wenn Jemand dem Urheber solcher Skandale Trunkenheit bis zum Delirium vorwirft, so ist nach Obigen nicht zu viel gesagt. Ebenso ist unzweifelhaft, daß die von dem Privatkläger dabei ausgesprochenen Schimpfsworte geeignet sind, sittliche Enttäuschung zu erregen. Daß der Privatkläger seine frühere Verurtheilung auf der Straße mißhandelte, giebt er selbst zu. Hiernach wird von dem Schöffengericht der Beweis der Wahrheit als erbracht angesehen. Trotz des Wahrheitsbeweises mußte aber gleichwohl eine Bestrafung des Angeklagten ausgesprochen werden, indem das Schöffengericht annimmt, daß das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Behauptung hervorgehe“

Gegen dieses Urtheil wurde sowohl von Seiten des Privatklägers als des Beklagten Berufung eingelegt. Für die diesmalige Verhandlung waren noch einige Zeugnisszeugen geladen. Allein auch durch ihre Aussagen erscheint das feinerzeitige Benehmen Scheifele's in keinem wesentlichen günstigeren Lichte. Ein Studientollge freilich stellte ihm das denkbar günstigste Zeugniß ab. Nach seiner Meinung ist Scheifele fogar ein „sehr sittlicher Mensch“. Auch sein Anwalt gab sich die größte Mühe, das Auftreten Scheifele's in Heidelberg in einem möglichst günstigen Lichte erscheinen zu lassen. Sein Klient sei ein „Original“, weshalb er anders beurtheilt werden müsse. Wissensdurst habe ihn veranlaßt, seinen Beruf als Lehrer anzugeben und zu studiren. Er sei das Opfer einer Intrigue, und der „Volksfreund“ habe die Sache nur aus „Wassenshah“ veröffentlicht. Sodann öffnete er alle Schranken seiner Berechtbarkeit, um gegen die bösen Sozialdemokraten zu donnern und zu warnen, weil sie die heutige Gesellschaftsordnung über den Haufen werfen wollen und zu diesem Zwecke die Sünden der Bourgeoisie aufdecken. Nach seiner Meinung könne von einer Erörderung des Wahrheitsbeweises keine Rede sein. Mit Rücksicht auf die Schärfe der Beleidigung beantragte er eine Freiheitsstrafe eventuell 100 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte aber, wie schon erwähnt, auf 30 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten. In der Urtheilsbegründung wird gesagt: „Straf erhöhend habe gewirkt, weil die Form des Artikels die Absicht der Beleidigung erkennen lasse. Ebenso sei durch nicht erwiesen, daß Scheifele dem Trunke bis zum Delirium ergebe. Die übrigen in dem Artikel enthaltenen Behauptungen seien als erwiesen anzusehen.“

Der Parteigenosse Hermann Künzel aus Riedern, Gemeinderathsmittglied daselbst, war vom Dresdener Amtsgericht wegen Beleidigung des Gemeindevorstands Häntchen in Riedern zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Er sollte am Tage der Landtagswahl (13. Oktober vor. Jahres) im Wohnzimmer des Wahllokals im Gasthose zu Riedern gegenüber dem Wahlkomitee die Ausrufung gebraucht haben: „Dort drinnen sitzen die großen Ochsen, mögen sie nur die zwei Stimmen auch noch hinein freffen, wir haben ja noch 999!“ Gehört hatte diese Ausrufung, wie er behauptete, der Gendarm Werner aus Rodwitz als Antwort auf die von einer anderen Person an Künzel gestellte Frage: „Wie steht es denn mit den zwei Stimmen?“ Auf die eibliche Anschuldigung Werners hin erfolgte die Verurtheilung Künzels. Dieser aber legte im Bewusstsein seiner Unschuld Berufung ein und am 24. Februar verhandelte das Landgericht über diese Sache. Eine ansehnliche Anzahl von Einwohnern des friedlichen Dorfes Riedern befand sich in einiger Erregung, denn es waren 14 Personen von dort als Zeugen geladen. Gendarm Werner bekräftigte auch diesmal mit seinem Eid, daß Künzel die besagte Ausrufung gehalten habe. In vierstündiger Verhandlung wurden nach einander 16 Zeugen eidlich vernommen, die sämtlich, wie festgestellt wurde, zu der fraglichen Zeit in dem Wohnzimmer anwesend gewesen waren. Nicht einer von ihnen hatte die beleidigende Ausrufung oder eine ähnliche gehört.

Obwohl der Staatsanwalt nach dem Bericht der „Sächs. Arb.-Ztg.“ die Anklage trotzdem aufrecht erhielt und besonders betonte, daß unter Umständen das Zeugniß des Gendarmen mehr wiege als das von 16 anderen Zeugen, erkannte das Landgericht auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

Genosse Kuhbach, früherer Redakteur der „Welfenkirchener Arbeiter-Zeitung“, wurde vom Schöffengericht Gelsenkirchen wegen Beleidigung des katholischen Lehrers Mäusermann zu 5 Tagen Gefängnis verurtheilt. Der genannte Lehrer hatte einen Schulknaben dermaßen geschlagen, daß an verschiedenen Stellen des Körpers dicke blaue und rothe Striemen entstanden waren. Die ärztlichen Akten zeigten eine grobe Mißhandlung. Im Termin verweigerte der Lehrer die Aussage, weil er sich dadurch strafbar machen könne. Der betr. Artikel der „Welfenkirchener Arbeiter-Zeitung“ enthält den Ausdruck „Präpöbado“ und den Wunsch, daß dem Lehrer 25 aufgeschlagen werden möchten. Hierin erblickte das Gericht eine das Maß des Erlaubten überschreitende Kritik. Der Amtsanwalt hatte vier Wochen Gefängnis beantragt.

Das Amtsgericht BERNBERG verurtheilte den Genossen WÄRTEN aus Leopoldsdorf als Verfasser eines in anhaltischen „Volksblatt“ veröffentlichten Artikels zu 6 Tagen Haft. Der damalige Redakteur des Blattes, Genosse SCHMIDT, wurde freigesprochen.

Soziale Uebersicht.

Die haarsträubende Schandwirthschaft des russischen Kapitalismus- und Beamtenthums ist durch den jetzigen Rothhunger, welcher namentlich die Bauern zu Tausenden und Zehntausenden hinrafft, wieder einmal ins volle Licht der Öffentlichkeit gerückt. Bekannt ist schon, daß große Mengen

von Mehl, die den nothleidenden Bezirken zugeführt werden sollten, entweder gänzlich oder durch Beimischung von Sand so verdorben waren, daß der Genuß dieses Mehls die Konsumenten aufs Krankenlager warf, der Bericht aber, den jetzt der in dieser Angelegenheit niedergelegte Untersuchungsausschuß unter der Leitung des Grafen Bobrinsky erlassen hat, enthält einen solchen Abgrund von moralischer Verworfenheit der Lieferanten und bodenloser Niederlichkeit der Beamten, daß selbst die russischen Zeitungen ihre schlimmsten Beschuldigungen für überboten erklären. Im Juli 1891 beauftragte die Duma von Petersburg (die dortige Rathversammlung) das Stadtkom mit dem Ankauf billigen Getreides, um eine Herabsetzung der Brotpreise zu bewirken. Das Stadtkom schloß bis zum 20. September, bis zu welchem Zeitpunkte der Roggenpreis um 2 Rubel stieg. Auf die Mahnung des Stadthauptmanns Gresser kam es jetzt endlich dem Auftrage nach. Es übergab den gesammten Roggenanfaß dem Makler Makarow, und dieser wiederum lieferte „billigen“ Weizen und Roggen aus der Provinz zu Preisen, wofür in Petersburg die besten Sorten zu haben sind. Nunmehr beauftragte man ein Mitglied des Stadtkoms selbst, einen gewissen Rymann, mit Mehlankäufen.

„Er versteht — heißt es in der „Vossischen Ztg.“ — wie er selbst ansetzt, weder von Mehl noch von Handeleigenschaften das Geringste, bereist die baltischen Provinzen und findet keine Vorräthe, bis er von dem Stadtkom erfährt, daß in Libau Mehl vorhanden sei. In Libau angelangt, beweist Rymann, so heißt es in dem Bericht, „in allen seinen Handlungen Ueberstürzung und Leichtsin, vertritt sich ohne ausreichenden Grund einer ihm bis dahin gänzlich unbekanntem Persönlichkeit (Buchert) an und zieht nicht einmal Erklärungen über die Börsenpreise in Libau, mit Ausnahme der Buchert'schen Preise, ein“. . . . Er ertheilt Buchert die ausgebreitetsten Vollmachten zum Ankauf der Mehlvorräthe und das Verfügungsrecht über das städtische Geld durch Vermittelung der Libauer Bank. Das Stadtkom ist mit allem einverstanden. Das erste Mehl kommt am 13. November in Petersburg an; der Empfänger äußert schwere Bedenken über die Beschaffenheit der Lieferung, aber „das Stadtkom glaubt ihm nicht“, so heißt es in dem Bericht. Am 25. November wird das Stadtkom amtlich benachrichtigt, daß das Mehl schlecht sei, aber es werden weitere 500 Waggons bei Buchert bestellt und ihm neue Summen angewiesen. Noch zwischen dem 25. November und 10. Dezember werden 158 Waggons Buchert'schen Mehls unbehandelt abgenommen, noch am 12. Dezember werden Buchert 40 000 Rubel zur Verfügung gestellt. Endlich, am 15. Dezember, beschließt das Stadtkom, mit dem Stadtkom haupt an der Spitze, das Mehl — ohne über das Ergebnis ein Protokoll aufzunehmen. Das Ende war dann die infolge der Auslassungen der Presse eingetretene Einmischung der Staatsverwaltung und die Einsetzung des Untersuchungsausschusses, der die Absehung und Bestrafung mehrerer Mitglieder des Stadtkoms beantragt, ferner fordert, daß das Buchert'sche Mehl nicht abgenommen, sondern das Stadtkom schadenerfasspflichtig gemacht werde, da das Mehl nicht verbrauchsfähig sei, auch nicht länger als 2 1/2 Monate lagern könne, ohne zu verderben, und endlich fogar auszusprechen, daß die Handlungsweise des Stadtkoms bedauerlich ist. Ueber die Beweggründe der unverantwortlichen Nachlässigkeit der angeschuldigten Personen enthält der Bericht des Ausschusses keine Mittheilung; aus begrifflichen Rücksichten scheint man sich offenbar, zu sagen, daß ein Theil der an Herrn Buchert und Genossen gezahlten Gelder in die Taschen von Stadtkom-Mitgliedern und anderen Beamten geflossen ist. Herr Buchert ist daher auch guten Muthes; er ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden und bereits zuversichtlich auf dem Stadtkom erschienen, um zu erklären, daß er jeden Sach schlechten Mehls durch gutes ersetzen wolle. Er hofft sicherlich, daß seine betheiligten Helfershelfer einflußreich genug sein werden, um ihn der verdienten Strafe zu entziehen. Und in der That, wenn jeder, der betrügt, besticht oder sich bestechen läßt, verurtheilt würde, wie viel russische Beamte blieben dann auf freiem Fuße?“

Das russische Volk wird sich diese Mißwirtschaft seiner Beamten nicht ewig gefallen lassen. Am Ende reißt auch der dicke Gebuldsfaden. Solche Zustände sind nur möglich in Staaten, in denen nicht das Volk selbst, sondern eine Minderheit von Leuten die Regierungsgewalt ausübt. Garantie vor Brandstiftung hat das Volk nur dann, wenn es seine Regierung selbst frei wählt und durch vollständige Meinungsfreiheit in die Lage versetzt ist, sie in All und Jedem kontrolliren zu können.

Achtung, Schuhmacher! In Brüg sind zwischen Innungsmeistern und Gesellen Differenzen ausgebrochen.

Die Wurmrevier-Aktiengesellschaft erzielte in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1891/92 reichlich die Hälfte des Betrieb-Ueberschusses des ganzen Vorjahres. Die Grubenleute werden nichts davon verspüren.

Die Föderation der Bergleute von Großbritannien und Irland hat nach der Londoner „Allg. Korresp.“ die Besetzung ausgegeben, daß die Mitglieder aller Gewerkschaften, die auf der 12. Februar in Manchester abgehaltenen Konferenz vertreten waren, am 12. März die Arbeit niederlegen sollen. Nach den letzten Anweisungen vertheilt sich die Zahl der Bergleute, die in den von der Föderation kontrollirten Gruben thätig sind, wie folgt auf die verschiedenen Grafschaften: Yorkshire 70 000; Lancashire 41 500; Derbyshire 33 000; Notis 19 000; Flintshire 3000; Leicestershire 5000; Monmouthshire 2400; Cumberland 6000. Aller Voraussicht nach werden sich auch die schottischen wie die nicht zur Föderation gehörigen Bergleute der Grafschaften Durham und Northumberland dem Ausstand anschließen.

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. S. B. Dieh. Verlag) ist uns soeben die Nr. 4 des 2. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Nieder mit dem Militarismus. — Anna Louisa Karshin. — Korrespondenz. — Peniketon: Weihnachten, Erzählung von Minna Raubitsch (Fortsetzung). — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2564 a) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Inferantenpreis die zweispaltige Petitzeile 20 Pf.

Das Schweizerische Arbeiter-Sekretariat. Allen hierüber zusammengefaßt im Auftrage des Centralkomitees des Schweiz. Gräbervereins von N. Scherer, Hirsprech, St. Gallen, Buchdruckerei von Th. Birch u. Co., 1888.

Diese Schrift giebt eine sachliche Darstellung des genannten Instituts und eine Geschichte der Gründung desselben, sowie der Vorverhandlung derselben. Wir möchten ihre Anschaffung insbesondere allen Gewerkschaften und Fachvereinen, sowie überhaupt allen Arbeiterbibliotheken empfehlen.



Preis-Verzeichniss
von
Carl Stier
Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
168 Oranienstrasse 168.

Ich empfehle zu nachstehenden sehr billigen Preisen:

A. Anzüge.		Mart
Jacket-Anzug von melirtem und carrirtem Buckskin, schöne Muster	17,50	
Jacket-Anzug von melirtem Forzier Cheviot, schöne helle Farben	20,-	
Jacket-Anzug von dunklem Belour, carrirt oder gefreit	22,50	
Jacket-Anzug von gewirtem Cheviot, schöne helle und melirte Muster	25,-	
Jacket-Anzug von feinem carrirtem u. melirtem Cheviot	28,-	
Jacket-Anzug von blau Cheviot, eleganter Promenaden-Anzug	30,-	
Jacket-Anzug von feinem gewirtem Stoff, sehr haltbar	33,-	
Jacket-Anzug von Belour, sehr haltbar, mit seidener Borde, in ganz neuen Mustern	38,-	
Jacket- oder Rock-Anzug von Belour, mit seid. Borde, schöne dunkle Muster, kräftige Waare	38,-	
Jacket-Anzug von Cottbusser Cheviot, in echt englischen Mustern, sehr dauerhafter und eleganter Promenaden-Anzug	39,-	
Jacket-Anzug von feinstem dunkelblauen Cheviot, ein- oder zweifach	42,-	
Jacket-Anzug von dunkler Belour, mit seidener Borde, prima	45,-	
Jacket- oder Rock-Anzug von imitirtem Kammgarn, haltbar und elegant, seidene Borde	50,-	
Jacket- oder Rock-Anzug von gemustertem Kammgarn, elegant. Anzug	56,-	
Jacket- oder Rock-Anzug v. einfarb. Kammgarn, feiner Salon-Anzug	56,-	
Jacket- oder Rock-Anzug von gemustertem Nachener Kammgarn, eleganter Promenaden-Anzug, Neuheit	42,-	
Jacket-Anzug von gemustertem Nachener Kammgarn, Neuheit, sehr fein	45,-	
Jacket- oder Rock-Anzug von ff. Nachener Kammgarn, hochfeiner Salon- und Promenaden-Anzug	48,- und 54,-	
Jacket- oder Rock-Anzug von blau Diagonal	25,- und 35,-	
Gehrock-Anzüge in Kammgarn od. Tuch, sehr elegant	36, 40, 45 bis 54,-	

B. Hosen.		
Hose von gewirtem Buckskin in melirten Mustern	3,50	
Hose von gewirtem Forzier Buckskin, schöne Melangen	4,50 und 5,-	
Hose von Gladbacher Zwirn-Buckskin, schöne gestreifte Muster in haltbaren Stoffen	5,-	
Hose von Gladbacher Kammgarn, schöne Streifen	4,50 und 6,-	
Hose von Forzierer Zwirn-Cheviot, elegante haltbare Stoffe	7,50	
Hose von Belour in kräftig gestreifter Waare, hell oder dunkel	6,-	
Hose von Belour in sehr kräftiger Waare, gestreift oder gemustert	7,50	
Hose von schwarzem Satin	9,- und 10,50	
Hose von Kammgarn mit Seide, hochfeine neue Muster	9,50	
Hose von Belour, prima	12,-	
Hose von Cottbusser Zwirn, Neuheit, sehr elegant und fest	11,-	
Hose von Cottbusser Cheviot	12,-	
Hose von Nachener Kammgarn, sehr elegant	12,- und 10,-	
Hose von prima Kammgarn, hochfein	20,- bis 15,-	

C. Paletots.		
Eleganter Paletot von hellem und dunklem Cheviot	15,-	
Eleganter Paletot von hellem Cheviot	18,- und 20,-	
Eleganter Paletot von Satin, alle Farben	24,-	
Feiner Kammgarn-Paletot in allen Modifarben	30,-	
Feiner Diagonal-Paletot, sehr schöne Farben	30,-	
Hochfeiner Kammgarn-Paletot m. bestem Serge od. Seidenfutter 42 u. 36	40, 36 und 25,-	
Chawaloffe in feinem melirtem Mustern	40, 36 und 27,-	
Außer mit kurzer Pelzine	40, 36 und 27,-	

D. Westen.		
Weisse Westen von 2,50 Mt. an. - Feinste Westen in allen Qualitäten von 2,50 bis 12 Mt.		

E. Knaben-Anzüge.
In Knaben-Anzügen halte ich stets eine sehr große Auswahl der neuesten Stoffe und Façons und empfehle dieselben schon von 4 Mt. an.
Einsiegnungs- und Burschen-Anzüge sind in reicher Auswahl zu billigen Preisen vorhanden.

F. Diverse.
Außerdem empfehle ich noch Schlafrocke in Belour, Double etc. von 10 Mt. an.
Joppen in Duffel oder Loden von 7,50 Mt. an.
Gehrocke, Fracks, Hohenpollernmäntel, einzelne Jacketts, Hansajacketts etc. etc.

Mein Stofflager ist stets mit allen Neuheiten der Saison auf das Reichhaltigste ausgestattet, und werden Bestellungen nach Maß sehr schnell ausgeführt. Für guten Sitz und tadellose Ausführung übernehme ich jede Garantie, und wird Nichtpassendes anstandslos zurückgenommen.

Beste Preise. 1892/93
An Sonn- und christlichen Feiertagen von 2 Uhr an geschlossen.

Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11.
Sonnabend, den 27. Februar 1892:
Stiftungs-Fest

des
Sozialdemokratischen Wahlvereins f. den V. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Bestehend in **Gesang, Tanz und Vorträgen.**
Unter Mitwirkung des **Gesangvereins „Vorwärts II“**, unter Leitung des Herrn **Gutau**, Dirigent des Arbeiter-Sängerbundes.
Sehtrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten J. Auer.
Anfang 9 Uhr. Entree: Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.
Mitglieder, die nachweislich arbeitslos sind, können Freibillets in Empfang nehmen beim Kassierer **W. Schulz**, Mulackstr. 17.

985/13
Billets sind zu haben bei **Wagner, Neue Königstr. 89; Gumpel, Barnimstraße 42; Krüger, Hirtens- u. Amalienstr.-Ecke; Drescher, Linienstr. 50; Wittchow, Eßener- u. Al. Hamburgerstr.-Ecke; B. Berndt, Neue Schönhauserstr. 18; Brückner, Lothringersstr. 67.**

Achtung Metallarbeiter!
Große öffentliche Versammlung aller in der Metall-Industrie beschäftigten Personen

am Sonntag, den 28. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Saale des „Feen-Palastes“, Burg- und Wolfgangstr.-Ecke.
Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes und Bericht der Revisoren.
2. Unsere Stellung zum Gewerkschafts-Kongress event. Wahl von Delegirten. Referent **A. Gerisch**.
3. Bericht der Frankfurter Kongress-Kommission. — Zur Dedung der Unkosten findet Zellerksamlung statt. In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ersucht um zahlreiches und pünktliches Erscheinen

889/20
Der Vertrauensmann.

Vorläufige Anzeige!
Anfang April erscheint im Verlag des Unterzeichneten eine Sammlung höchst origineller Vorträge unter dem Titel:
Der Soupletjäger und Deflamator,
nebst einer Anleitung „Wie soll man vortragen“, sowie einem Anhang „Verschiedene Gesellschaftsspiele“.
84 Seiten. Preis 50 Pfg. gebunden.
Wiederverkäufern Rabatt!
Zum Vortrag für die bevorstehende Reisezeit besonders geeignet: „Mal-Konplet“, „Der Zeitgeist“, „Injespunt“ etc. etc.
Bestellung erbitte baldmöglichst.
Conrad Müller, Schkenditz.

Solidarität!
Arbeiter! Nur Güte, welche nebenstehende Worte unter dem Schweißleder tragen, bieten Garantie, daß den Berstirgern gerösteter Bohnen wurde
Kauft nur Güte mit dieser Marke!

In folgenden Geschäften sind Hüte mit Kontrollmarken zu haben:

- | | |
|---------------------------------------|---|
| H. Aarions, Pringensstr. 28. | Ch. Otto, Chausseestr. 22. |
| O. Arnold, Drednerstr. 116. | C. Polvoigt, Frodenstr. 23. |
| Rud. Beisse, Chausseestr. 70. | C. Pimpel, Landsbergerstr. 103. |
| A. Becker, Reinickendorferstr. 14a. | P. Pohl, Schwerinstr. 12. |
| O. Böttcher, Lichtensbergerstr. 1. | Böhme, Potsdamerstr. 104. |
| A. Bracklow, Schönhauser Allee 29. | W. Rother, Mendstr. 31, vis-à-vis der Schendendorferstraße. |
| Alb. Binn, Landsbergerstr. 43. | E. Rieck, Badstr. 64. |
| W. Böhm, Wllicherstr. 11. | C. Schulz, Swinemünderstr. 145. |
| Drednerstr. 123. | A. Schlegel, Brunnenstr. 33. |
| L. Cohn, Andreasstr. 67. | Carl Stark, Neue Königstr. 73. |
| H. Diederich, Oranienstr. 9. | H. J. Stoboy, Oranienstr. 170. |
| Mariannenstr. 43. | Stresemann, Neue Königstr. 11. |
| O. Dittol, Paulstr. 24a. | F. Sporrer, Poststr. 16. |
| E. Dittmer, Ackerstr. 68b. | W. Sy, Brunnenstr. 139. |
| O. Dunsing, Drednerstr. 6. | Carl Wolter, Mühlstr. 8. |
| Paul Dronke Nachf., Oranienstr. 172. | A. Wittenbecher, Moabit, Südböckerstr. 4. |
| P. Franke, Müllerstr. 183. | Rud. Wegener, Stromstr. 39. |
| A. Fuchs, Montenuffstr. 35/36. | W. Zapel, Staligerstr. 131 (neben Fritter u. Rosmann). |
| Staligerstr. 39. | A. Zochelins, Gifendammstr. 10. |
| Th. Gerlach, Linienstr. 39. | C. Röttig, Fehrbellinerstr. 63. |
| Gust. Gross, Frankfurter Allee 167. | E. Bergmann, Markgrafstr. 100. |
| R. Hesse, Kastanien-Allee 36. | C. Sarach, Fehrbellinerstr. 56. |
| Fr. Haupt, Große Frankfurterstr. 145. | V. Benocke, Potsdam, Jägerstr. 36. |
| W. Hildebrandt, Schönhauser Allee 4. | C. Böttcher, Friedrichshagen. |
| O. Jörs, Vankstr. 5a. | Bosselmann, Charlottenburg, Scharrenstr. 11a. |
| A. Kehr, Köpckeplatz 126. | T. Koscael, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 27. |
| W. Klem, Bernauerstr. 103. | E. Radloff, Charlottenburg, Berlinerstraße 50. |
| G. Köpke, Pringensstr. 60. | F. Jalow, Paulow, Breitestr. 24. |
| Potsdamerstr. 126a. | G. Schaudt, Neu-Weißensee, Langhausstr. 71. |
| Kriegshammer, Vellealliancestr. 91. | C. Schmidt, Köpenick, Riecherstr. 41. |
| G. Knauke, Andreasstr. 24. | A. Klinge, Köpenick, Grünstr. 38. |
| G. Kohler, Waldemarstr. 23. | C. Wank, Rixdorf, Bergstr. 9. |
| P. Kunz, Pringens-Allee 57. | R. Weidner, Drednerstr. 100. |
| Emil Kunze, Brunnenstr. 87. | |
| Ph. Krull, Rheinsbergerstr. 50. | |
| Franz Köppen, Müllerstr. 14a. | |
| O. Linkow, Oranienstr. 47a. | |
| Arnold Lange, Brunnenstr. 106/107. | |
| O. Schulze, Nuppinersstr. 27. | |
| H. Meisner, Neue Hochstr. 43. | |

Von Seiten der Händler wird sehr oft der Kniff angewendet, indem sie sagen: Für diese Sorte Hüte gibt es keine Marken. Wir machen darauf aufmerksam, daß es Hüte mit Marken in allen Preislagen und Qualitäten gibt und die Rede nur gemacht wird, um den Käufer irre zu führen.

Indem wir die Genossen bitten, nur die von uns veröffentlichten Geschäfte zu berücksichtigen, ist es auch hier nötig, sich zu überzeugen, daß die Marke schon vorher im Hute liegt. Jedes Einkleben der Marke beim Kauf ist Betrug. Alle Unregelmäßigkeiten bitten wir an uns zu berichten.

Die Arbeiter-Kontroll-Kommission.
J. A.: **C. Kempe**, Georgenkirch-Platz 8, NO. 172/20

Zu kaufen gesucht
werden:

Alle älteren Protokolle unserer Parteikongresse vor Wyden.

- 1 Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstage 1878. (Debatten über den Entwurf des Sozialisten-Gesetzes).
 - 1 Lassalle, Kriminalprozeß, 2. Heft (Verhandlung).
 - 1 —, Kriminalprozeß, 3. Heft (Kritik des Urtheils).
 - 1 —, Antwort an Herrn Professor Rau.
 - 1 —, Herr Wadernagel oder der moderne Herostratid.
 - 1 —, Arbeiter-Beseuch (Frankfurter Rede 1883).
 - 1 —, Antwort auf eine Rezension der „Kreuz-Zeitung“.
 - 1 —, Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker (Berlin 1882).
- Die Lassalle'schen Schriften sind für uns nur in den ersten Auflagen von Werth. Wir machen auf dieses Inserat besonders die älteren Parteigenossen aufmerksam.
- Gest. Offerten mit Preisangabe an die Verlags- Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW., Senftstr. 2, Hof rechts, part., erbeten.

Martin Klein,
Uhrmacher, 1476L
25 Neue Hochstr. 25
empfehl. sein Lager aller Arten
Band- und Tasch-Uhren.
Reparaturen zu soliden Preisen.

Kinder-Garderobe
für Knaben und Mädchen vom zartesten Alter bis zum 18. Jahre vom Einfachsten bis zum Eleganteften empfiehlt zu sehr bill. aber festen Preisen 1895L
Moritz Meyerstein,
45. Rosenthalerstr. 45,
neben der rothen Apotheke.

In meiner
zahnärztlichen Poliklinik,
Oranienstr. 55, geöffnet Vormittags u. 8-9, Nachm. 1-3 u. 5-6, werden Zähne unentgeltl. gezogen. Für Wundwunden werden 1 M. und künstliche Zähne 2 M. gezahlt. Privat-Sprechstunden 9-1 und 3-5.
Prakt. Zahnarzt **J. Semmel.**

Hutfabrik von Emil Kunze,
Brunnenstr. 87.
Hüte nur mit Kontrollmarke. Große Auswahl in Kravatten, Herren- und Anabrunnhüten zu den billigsten Preisen. 1928L

Marken u. quittiren von
Partei-Beiträgen
empfehl. allen Genossen die
Qualitätsmarken und
Kautschuk-Stempelfabrik
von **Conrad Müller,**
Schkenditz-Preipig.
Prez. liste gratis und franko.

Jede Uhr unter Garantie
zu repariren kostet bei mir
(außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, u. d. Oranienplatz,
Mannstr. 38.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D.,
Hilf Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntag.

Mehlhandlung.
Offerire billigst alle Sorten Bogelfutter: Ameisencier à Pfd. 1,40 Mt. Weiß. Schinken ausgefa. à Pfd. 1,20 Mt. Billig ff. Vatter 1,20 Mt. Fett- und Mager-Speck 60 Pf. ff. Schär. u. Bra. schweig. Fleischwaaren, Eier à Mtl. 50 und 65 Pf.
M. W. Walter,
1895L. Zeughofstr. 3.

Schuhe und Stiefel
mit Kontrollmarke empfiehlt 1893L
C. Nitschke, Kastanien-Allee 86.

Empfehle nach wie vor mein vergrößertes Lokal, Franz Billaud u. dem verehrten Publikum. Vorwärts, Volks-Tribüne, Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen liegen aus. [1142L]
M. Berndt,
Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.

Verlag des „Vorwärts“
Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Strasse No. 2.

Unter der Presse befindet sich und gelangt Ende der Woche zur Versendung:

Freiherr v. Stumm
und die Sozialdemokratie.
Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages am 10. und 12. Februar 1892, betreffend die Mahregelung sozialdem. Arbeiter in den Staatsbetrieben. 82 Seiten. — Preis 10 Pfg.
In Partien: 100 Exempl. 5 Mt., 1000 Exempl. 40 Mt.
Wir ersuchen unsere Parteigenossen um thätigste Verwendung für diese wichtige Agitations-Broschüre.

Schuhe und Stiefel
mit Kontrollmarke empfiehlt
G. Zerbe, Ritterstraße 114,
nahe der Fürstenstraße.
30. Rübenerstr. 20 freundl. Wohn-
Stube, Küche etc., p. 1/4. 92 zu verm.

Achtung für Buchhändler!
Zu kaufen ges. sozialdemokratische
Theatertexte bei **J. Wurm,** Kiehl,
Alte Reihe 8. 2087L
Größtes Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23 D. v. 172/20